224. Mittwoch, den 25. September 1867. 224.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 24. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Regierungssekretär, Rechnungsrath Taube zu Bromberg den Rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, dem evangel. Pfarrer Weber zu Brachstedt im Saalkreise und dem Kataster-Kontroleur a. D. Miquel zu Münster den Rothen Adlerorden 4. Klasse; ferner dem Landrath v. Bojanowski zu Grünberg den Charakter als Geh. Regierungsrath zu verleihen; und den bisherigen Landrath des Kreises Templin v. Mettingh zum Regierungsrath zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Frankfurt a. M., 24. September Abends. Das heutige „Amtsblatt" publizirt eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten v. Möller, welche ankündigt, daß vom 1. Oktober an die königliche Regierung in Wiesbaden in Wirksamkeit tritt und gleichzeitig die königliche Administration der Landesregierung und des Finanzkollegiums in Wiesbaden, ferner das Civilkommissariat und die Landesregierung in Homburg, sowie das Civilkommissariat in Frankfurt aufgehoben werden.

Hannover, 24. September Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Provinziallandtages brachte v. Bennigsen unter einstimmiger Unterstützung der Versammlung den Urantrag ein, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, sie möge den Provinzial-Ablösungsfonds der Provinz Hannover als Provinzialfonds überweisen. In der Lotterie-Angelegenheit beschloß die Versammlung, die Regierung zu ersuchen, die Ausführung der die Aufhebung der Landeslotterien aussprechenden Verordnung hinauszuschieben.

München, 24. Septbr, Nachmittags. Die amtliche „Bayr. Zeitg." bespricht die Veranlassung zu dem Seitens der Regierung dem Grafen Hegnenberg gemachten Anerbieten zur Uebernahme des Gesandtschaftspostens in Berlin, indem sie die Wichtigkeit dieses Postens sowie die Geeignetheit des Grafen für denselben betont. Zuerst habe Hegnenberg wegen Gesundheits- und Familienverhältnisse abgelehnt. Ein wiederholter Versuch, Hegnenberg zur Uebernahme des Postens zu bewegen, sei um so mehr gerechtfertigt gewesen, als derselbe mit der auswärtigen Politik der bayerischen Regierung im Wesentlichen vollkommen einverstanden sei. Hegnenberg halte ebenso wie die leitenden Staatsmänner ein Bündniß mit Frankreich, eine Hegemonie Oestreichs über Süddeutschland, aber auch den sofortigen und unbedingten Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund für unzulässig. Die Fortsetzung der Verhandlungen habe indessen noch Gründe persönlicher Natur ergeben, welche schließlich dem Grafen Hegnenberg die Annahme des Postens als unthunlich haben erscheinlich lassen. Das amtliche Blatt schließt mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, die Dienste des so reich begabten Mannes in einer geeigneten Stellung für den bayerschen Staat nutzbar zu machen.

München, 24. September, Nachmittags. In der heute erschienenen Probenummer der „Süddeutschen Presse" wird im Anschluß an das bereits veröffentlichte Programm letzteres weiter ausgeführt. Es wird ausgesprochen, daß die Gründung eines Süddeutschen Bundes nur deshalb wenig Aussicht auf Erfolg habe, weil man die einfachen Wege, auf denen die Erreichung dieses Zieles möglich sei, nicht betrete. Zunächst wäre ein gleichartiger Beschluß der süddeutschen Landtage zur unverzüglichen Einberufung eines Parlaments des süddeutschen Bundes, dann ein Entschluß der süddeutschen Kabinete erforderlich, ihre diplomatische Vertretung zu konzentriren. Die Ausführung würde von keinerlei äußeren Schwierigkeiten umgeben sein.

Der Norddeutsche Bund sei in Wahrheit kein Bund, sondern nur ein unfertiger Einheitsstaat. Es handle sich nicht um einen Anschluß an denselben, sondern um eine Einverleibung und Verschmelzung.

Es sei indeß nicht zu leugnen, daß die Hoffnung noch nicht ganz geschwunden sei, auf friedlichem Wege eine dem nationalen Geiste und den Bedürfnissen Europas besser entsprechende Gestaltung der Dinge herbeizuführen; dazu sei erforderlich, daß Preußen auf die Unterstützung der russischen Pläne verzichtet und so die Möglichkeit einer Verständigung mit Oestreich und Frankreich gegeben wird. Die „Süddeutsche Presse" werde die Aufgabe verfolgen, den deutschen Gedanken an Stelle des preußischen zu setzen. Schließlich wird das Verhältniß des neuen Blattes zu der Regierung dargelegt und ausdrücklich betont, daß die Regierung an dem Programm keinerlei Antheil gehabt, und daß lediglich das Zusammentreffen des Entstehens der „Süddeutschen Presse" mit dem Aufhören der „Bayerschen Zeitung" ersterer Seitens der Regierung eine Aufmerksamkeit zugewandt habe, welche vielleicht nicht in diesem Grade veranlaßt gewesen wäre, wenn das officielle Organ fortbestanden hätte. Stellung und Wirksamkeit des aus freier Ueberzeugung der Regierung befreundeten Organs bleibe durchaus unabhängig.

Wien, 24. September Abends. Die „Neue freie Presse" will aus angeblich zuverlässiger Quelle erfahren haben, Juarez mache die Auslieferung der Leiche Maximilians von der Anerkennung der Republik Mexiko durch die europäischen Mächte abhängig.

Paris, 24. September Abends. Die „Patrie" meldet, daß Garibaldi sich in die Berge an der Grenze begeben hat; man glaubt, daß derselbe sich bereits unmittelbar an der Grenze aufhalte; es soll Ordre gegeben sein, ihn zu verhaften. Demselben Journal zufolge werden in Toulon Vorbereitungen getroffen, um Schiffe bereit zu stellen; man versichert, die Flotte werde alsbald Befehl erhalten, sich an die römische Küste zu begeben; auch sollen bereits alle Anstalten getroffen sein, welche für den Fall einer Einschiffung von Truppen erforderlich sind.

Paris, 24. September, Abends. Der heutige „Abendmoniteur enthält eine Depesche aus Florenz, welche meldet, das Garibaldi in Asinalunga auf Befehl der italienischen Regierung verhaftet ist und zwar in den Augenblick, wo er die Grenze passiren wollte.

Zur Arbeiterfrage.

Es ist ein verhängnißvoller Fehler unserer Social-Demokraten, daß sie die Arbeiterfrage zu ihrem ausschließlichen Steckenpferde machen. Der Socialist darf die Stände oder Berufsarten nicht von einander trennen, ihm muß sich die Gesellschaft unter jedem Gesichtspunkt als ein untheilbares Ganzes darstellen Die neuerdings hervorgerufene Arbeiteragitation, welche ihr letztes Ziel in der Anfeindung der Begüterten und der gewaltsamen Umwälzung aller gesellschaftlichen Einrichtungen finden müßte, hat in uns immer ihren Gegner gehabt. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Rechte der Arbeitskraft auf dem Wege der öffentlichen Diskussion unter den Arbeitern selbst nicht sicher gestellt werden können, daß hier überhaupt mit allgemeinen theoretischen Grundsätzen nichts anzufangen, sondern es höchstens einzelne bestimmte Mittel giebt, welche in richtiger Anwendung geeignet wären, der Arbeit den entsprechenden Lohn und dem Arbeiter selbst ein verhältnißmäßig sorgenfreies Alter zu sichern.

Je weniger anzunehmen ist, daß der sogenannte Arbeiterstand aus sich heraus diese Mittel finden und zur Anwendung bringen werde, und je weniger wünschenswerth, daß er beim Suchen danach seinen eigenen Weg gehe, desto mehr sind die intelligenteren Klassen verpflichtet, sich seiner anzunehmen und ihn vor Abwegen zu bewahren. Da die Frage nicht ohne politische Bedeutung ist, so haben alle politischen Parteien gleiches Interesse, sich mit ihr zu beschäftigen. Thun sie das, so werden sie dieselbe sehr bald der ungeschickten Hand der Sozial-Demokraten entwinden. Ein Anfang dazu scheint gemacht zu werden.

Wie die „Neue Pr. Z." mittheilte, werden die Konservativen des Reichstags zunächst einen Antrag auf Gründung von Invalidenkassen für Fabrikarbeiter stellen. In dieser Beziehung hat ja die Staatsregierung selber schon ihre gesetzliche Mitwirkung eintreten lassen, und es ist wünschenswerth, daß sie diese Bahn weiter verfolgt. Das ist die einzige „Staatshülfe", welche verständiger Weise gefordert werden kann.

Welche Vorschläge die Konservativen dem Reichstage speziell machen werden, ist uns unbekannt; sie können jedoch unseres Dafürhaltens auf nichts anderes hinauslaufen, als auf einen gesetzlichen, unter der Kontrole und Verantwortlichkeit des Fabrikherrn stehenden Sparzwang, also im Wesentlichen das System der Regierung adoptiren. Wir gestehen der Gesetzgebung hier sehr willig das Recht eines Zwangs zu, insofern sie ein Interesse hat, die Gesellschaft vor dem Umsichgreifen des Proletariats und den Staat vor gefährlichen Elementen zu schützen. Aber es muß dem Arbeiter auch möglich gemacht werden zu sparen, und hierbei hört die Mitwirkung der Gesetzgebung auf, da sie Verhältnisse, welche die Erwerbsfähigkeit feststellen, nicht schaffen kann.

Es tritt der Philantrop oder der National-Oekonom ein, um durch sein Nachdenken herauszubringen, wie viel der Arbeiter verdienen muß, um neben seiner angemessenen Existenz noch etwas zu erübrigen, und in welchen Verhältnissen dies geschehen kann.

Kürzlich tauchte in Berlin ein Projekt auf, dem wir bei dieser Gelegenheit einige Worte widmen wollen, wir meinen das Projekt des Dr. Maron, dahin gehend, daß dem Fabrikarbeiter aus seinen Ersparnissen im Laufe einer bestimmten Zeit ein eigenes Hausgrundstück erworben werde. Das Projekt ist an sich nicht zu verwerfen, aber es ist nicht überall anwendbar. Wie lange müßte der in der großen Stadt lebende Fabrikarbeiter sparen, um dort wo auch das kleinste Haus nicht mit weniger als Tausenden von Thalern zu erwerben ist, in den Besitz eines solchen zu gelangen! Er würde es in den wenigsten Fällen erleben. Berechnet er zunächst die Kosten des Bodens (welche die Errichtung kleiner Häuser, die den Raum in der Luft nicht ausnützen, gar nicht gestatten) des Baumaterials, der Herstellung, die Erhaltungskosten, die öffentlichen Lasten, welche selbst dem Wohlhabenden oft den Besitz eines Grundstücks verleiden, so wird er sich sagen: ich will für die Ersparnisse, welche ich an solches Grundstück wende, lieber meinen Kindern eine gute Erziehung geben, damit sie meine Erhaltung im Alter übernehmen können.

Anders verhält sich die Sache im kleinen Ort. Wir setzen voraus, daß der Fabrikant dort dem Arbeiter gleich hohen Lohn zahlen kann, wie in der Großstadt; denn er arbeitet in der Regel mit geringerem Betriebskapital. Die Lebens- und Bekleidungsbedürfnisse des Arbeiters aber sind unter allen Umständen billiger zu beschaffen, als in der sehr bevölkerten Fabrikstadt — er ist im Stande zu sparen, — wogegen es in der großen theuren Stadt vielleicht eine Härte ist, ihn dazu zu zwingen. Wenn wir als Durchschnittslohn des Fabrikarbeiters wöchentlich nur vier Thaler annehmen, so kann er bei geregelter Wirthschaft davon einen Thaler in die Sparkasse legen, also jährlich etwa 50 Thaler sparen. Unter diesen Umständen ist es möglich, für ihn in verhältnißmäßig kurzer Zeit ein Grundstück zu erwerben.

In jeder Stadt bis zu 8000 Einwohnern hinauf ist es, wenigstens in den preußischen Ostprovinzen sehr ausführbar, für die Summe von 500 Thlr. ein Wohnhaus zu 2 Familienwohnungen mit einem Stück Gartenland, mindestens einen Morgen groß, herzustellen. Ein Haus mit einer einzigen Arbeiterwohnung einzurichten, würde unpraktisch sein. In einem Häuschen angegebener Art bleibt dem Eigenthümer eine Wohnung zu vermiethen; sie trägt ihm die Reparaturkosten und Abgaben, ergiebt wohl noch einen Ueberschuß. Der Garten gewährt der übrigen Familie des Arbeiters Beschäftigung und deckt wenigstens zum Theil die Bedürfnisse des Magens. Befindet sich eine Familie auf diese Weise in einer geregelten Wirthschaft, so pflegt sich auch der Trieb des Sparens von selber einzustellen, und das Sprichwort: „eigner Heerd ist Goldes werth", wird sich dann voll bewähren. Nach Verlauf fünfjähriger Arbeit kann unter solchen Umständen der Arbeiter schon sein Eigenthum beziehen; denn der Fabrikherr wagt nicht zu viel durch die Uebergabe des Grundstücks, sobald die Hälfte der Kaufsumme in seiner Hand ist. Er kann den Rest durch Eintragung sicher stellen. Der Arbeiter hat sein Ziel nahe vor Augen, und für jeden Armen ist der Besitz eines eigenen Heerdes ein lockendes Ziel. Es kann in der Regel erreicht werden, bevor der Arbeiter eine Ehe schließt.

Was folgt nun aus diesem von uns so betonten Unterschiede zwischen der Groß- und Kleinstadt? Um es kurz zu sagen: die Nothwendigkeit der Decentralisation der Fabrik-Industrie. Wir haben schon früher ausgeführt, daß die Hauptschwierigkeit, diese Industrie von den großen Städten abzulösen und gleichmäßig über das Land zu vertheilen, in den Vorurtheilen der Arbeiter liegt, welche die Großstadt für ihr Eldorado ansehen. Gegen diese Vorurtheile hat der Nationalökonom anzukämpfen. Gelangt der Arbeiter zu der Einsicht, daß er getrennt von der großen Stadt, noch nicht getrennt ist von jeder Gelegenheit zu seiner weiteren Ausbildung, auch nicht getrennt von geselligen Genüssen; daß er Alles, dessen er hierzu bedarf, sich im kleinen Orte viel leichter verschaffen kann, als im großen, — so wird es ihm nicht mehr widerstreben, sich am kleinen Orte niederzulassen, zumal es durch die heutigen Verbindungen fast überall ermöglicht ist, die Großstadt bald wieder zu erreichen. Der Fabrikunternehmer selbst wird ein Vorurtheil gegen die kleine Stadt nicht haben, und daher in der Lage sein, die Aufklärungsversuche des National-Oekonomen zu unterstützen. Gelänge die Decentralisation der Fabrikindustrie, dann wäre der Theil der wichtigen socialen Frage, welche den Fabrik-Arbeiter betrifft, verhältnißmäßig leicht zu lösen. Auf dem platten Lande könnte mit dem ländlichen Arbeiter bald die Probe für die Richtigkeit unserer Rechnung gemacht werden.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 24. September. In der Adreß-Debatte begegnen wir den alten Gegensätzen von Glauben und Vertrauen an und zu dem Nordbund, von Mißtrauen und Verlästerung desselben auf der Linken. Am treffendsten haben noch die Abgeordneten Braun (Wiesbaden) und Lasker auf die Angriffe der letzteren geantwortet. Von Seiten der preußischen Demokratie sprach der Abg. Ziegler maßvoll genug die Bedenken der Partei aus, rückhaltsloser gingen seine Parteigenossen aus dem Königreich Sachsen, Schaffrath und Mammen vor; die Partikularisten Günther und Hänel vertheidigten ihre Position ziemlich schwach; der Abg. Kantak bewegte sich als Vertreter der Polen in der alten Fahrstraße; ganz unverständlich aber blieb der Abg. Försterling, der sich stolz als isolirter Vertreter des Standpunktes der Lassalleaner einführte, jeden angeführten Grundsatz gewissermaßen zu seiner Legitimation stets mit dem Zusatze: „sagt Ferdinand Lassalle" begleitete und so die wiederholte Heiterkeit des Hauses wachrief, ohne daß es ihm gelang, das letztere über seine eigentlichen Ziele und Zwecke aufzuklären, da er seine Rede gewissermaßen vor dem Schlusse abbrechen mußte. — Auch vom Ministertische kamen heute keine langen Reden; es waren mehr Bemerkungen gegen einzelne Redner und doch werden die Ausführungen des Gr. Bismarck über Luxemburg und in Bezug auf die Stellung Hessen-Darmstadts nicht eindruckslos vorübergehen. Was der Bundeskanzler über die Stellung der Regierung zur Adresse sagte, gab jedenfalls der Ansicht recht, daß, wenn nicht gerade ein direkter Impuls zu dem Adreß-Antrage regierungsseitig gegeben worden, dennoch der letztere den Regierungen einen nicht unwillkommenen Anlaß geboten hat, sich über verschiedene schwebende Fragen vor dem Reichstage und dem Lande auszusprechen. — Die Anfragen (s. parl. Nachr.) aus dem Schooße des Reichstages in Bezug auf das Budget um Auskunft über einzelne Punkte an das Bundeskanzleramt bewegen sich etwa in folgender Richtung: Zunächst wünscht man zu wissen, für welche Zeit des Jahres die Berufung des Reichstages regelmäßig in Aussicht genommen ist, damit das Bundes-Budget so rechtzeitig festgestellt werden kann, um den einzelnen Staaten rechtzeitig die Berathung der Etats zu ermöglichen; ferner, ob als Grundlage der künftigen Dechargirung nur der Hauptetat mit seinen Titeln, oder die vorgelegten Spezial-Etats angesehen werden sollen; sodann wünscht man Auskunft darüber, ob und in welcher Weise die Entlastung angeordnet und etwa beabsichtigt ist, der preußischen Oberrechnungskammer die Funktionen, welche ihr für das preußische Budget zugewiesen sind, auch für den Bundeshaushalt zu übertragen. Demnächst richten sich Wünsche auf Vorlegung der mit einzelnen Staaten abgeschlossenen Verträge wegen der Kriegsleistungen resp. der angetretenen Ermäßigungen; ebenso erwartet man die schriftliche Motivirung der einzelnen Etats der Post- und Telegraphen-Verwaltung, der Dispositionsfonds neuer Konsulate und außerordentlicher Ausgaben der Marine-Verwaltung; ebenmäßig wünscht man Auskunft über die beabsichtigten neuen Telegraphen-Anlagen, wofür in dem betreffenden Etat 250,000 Thlr. im Extraordinarium ausgesetzt sind. Endlich wird Auskunft darüber erbeten, in welcher Weise der Bundeshaushalt

für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1867 geordnet ist. In dieser Richtung hin wird man auch mehreren Resolutionen zum Budget entgegen sehen können.

△ Berlin, 24. September. Die Nachricht der gestrigen „Kreuzzeitung", nach welcher die Unterhandlungen wegen Regelung der Verhältnisse des vormaligen Königs von Hannover zum Abschluß gekommen seien und sich Herr v. Windthorst darum ein besonderes Verdienst erworben habe, hat hier sehr überrascht. Wie ich heute aus sehr zuverlässiger Quelle erfahre, ist die Nachricht den Thatsachen weit vorausgeeilt. Das Sachverhältniß hat sich neuerdings wenig geändert. Von Preußen sind gewisse Vorschläge gemacht worden, um die Regelung herbeizuführen. Bis jetzt aber ist von Seiten König Georgs eine Zustimmung nicht erfolgt, ja es ist nicht einmal Grund vorhanden, auf eine solche zuversichtlich zu rechnen. Die Regierung soll aber entschlossen sein, eine Regelung jetzt endlich eintreten zu lassen, wenn auch ein Zugeständniß nicht erfolgen sollte. Die Haltung der hannöverschen Ritterschaft erregt hier großes Aufsehen und ist nicht geeignet, unsere Regierung mit großer Achtung für die Vertreter der konservativen Interessen in Hannover zu erfüllen. — Es bestätigt sich, daß als nassauische Vertrauensmänner die hier anwesenden Abgeordneten aus Nassau gehört werden sollen. Denselben ist bereits Mittheilung von den zur Berathung bestimmten Entwürfen gemacht worden, auch haben sie sich schon vertraulich darüber besprochen. Heute Abend findet die erste förmliche Berathung beim Minister des Innern statt. — Die Verhandlungen, welche hier mit dem Bevollmächtigten der nordamerikanischen Regierung wegen Posterleichterungen geführt worden sind, haben jetzt ihren Abschluß in einem Vertrage gefunden. Der amerikanische Bevollmächtigte ist bereits abgereist. — Die seit dem 1. Juli in Kassel thätige Generalkomission hat eine sehr große Wirksamkeit. Es sind bereits 97 Sachen anhängig gemacht worden, unter diesen 34 Theilungen von Gemeinschaften.

— Aus Mecklenburg-Schwerin wird der „N. P. Z." unterm 23. d. geschrieben:

Die vielfach verbreitete Nachricht, daß von Seiten der Großherzogthümer Mecklenburg mit Preußen Verhandlungen wegen Abschlusses einer Militärkonvention gepflogen werden, ist unbegründet. Die gemeinten Beredungen haben nur den Zweck, das von den Großherzogthümern zu der Armee des Norddeutschen Bundes zu stellende Kontingent in volle Uebereinstimmung mit den bezüglichen Bestimmungen der Bundesverfassung zu bringen.

— Nach dem dem Reichstage vorgelegten Budget, welches viel korrekter als das preußische Budget erst die Ausgaben fixirt und auf Grund dessen die Einnahmen (Deckungen) feststellt, wird angenommen, daß nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre jeder Einwohner des Zollvereins an Reinerträgen der Zölle und der gemeinschaftlichen Verbrauchsabgaben 1 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf. liefert, nämlich 20 Sgr. 3 Pf. Zölle, 8 Sgr. 2 Pf. Rübenzuckersteuer, 9 Sgr. 7 Pf. Salzsteuer, 9 Sgr. 10 Pf. Branntweinsteuer, 2 Sgr. 11 Pf. Braumalzsteuer und ca. 4 Pf. verschiedene Uebergangsabgaben. Dies giebt zusammen 47,192,000 Thlr. Von der so sehr gefürchteten höheren Besteuerung des Tabaks ist in dem Budget keine Spur zu entdecken; eben so wenig in dem Zollvertrage vom 8. Juli, der ebenfalls dem Reichstage vorliegt. In diesem Zollvertrage ist nur gesagt (Art 3, §. 4), daß der im Umfange des Vereins gewonnene oder zubereitete Tabak einer übereinstimmenden Besteuerung unterworfen werden soll. Selbstverständlich tritt dann auch innerhalb des Zollvereins vollständig freier Verkehr mit Tabak ein und dieser Artikel gehört nicht mehr in die Kategorien derjenigen Artikel, für welche Uebergangsabgaben entrichtet werden müssen. In welcher Art die Besteuerung des Tabaks regulirt werden soll, ob einfach die Besteuerung des mit Tabak bebauten Areals nach dem preußischen Systeme eintreten oder gleichzeitig das Experiment einer Zoll- und Steuererhöhung gemacht werden soll, darüber wird erst der von Süddeutschland zu beschickende Bundesrath und das im nächsten Jahre zusammentretende Zollparlament Beschluß zu fassen haben.

— Der zum Oberbürgermeister von Stettin erwählte hiesige Stadtrath Zelle hat die Bestätigung nicht erhalten.

— Von den Offizieren, welche aus dem Feldwebelstande wegen besonderer Kriegsauszeichnung zu ihrer Charge befördert wurden, sind jetzt wieder die Sekonde-Lieutenants Conrad und Ebert der Infanterie-Regimenter Nr. 60. und 64. aus dem stehenden Heere ausgeschieden und zur Civilverwaltung übergetreten.

— Die Genossenschaften haben sich während des letzten Kriegsjahres gut gehalten. Die Geschäftsverluste der 532 statistisch behandelten Vorschußvereine betragen im J. 1866 insgesammt zwar 49,134 Thlr. — eine nicht sowohl an sich beträchtliche Höhe bei einer Kreditgewährung von 85,000,000 Thlr., als vielmehr nur beträchtlich für die darin sehr unbedeutenden bisherigen Erfahrungen der Vorschuß-Vereine; aber auch diese Verluste rühren weit weniger von faulen Schuldnern her, als von Verlusten an Werthpapieren. In diese haben manche Vereine zu erhebliche Summen gesteckt, und mußten es natürlich büßen, als der Krieg die besten und gangbarsten Effekten um viele Procente herunterwarf. Das Verhältniß des eigenen Betriebskapitals zu dem fremden, geliehenen — einer der wichtigsten Maßstäbe zur Beurtheilung der Solidität der Vorschußvereine — hat sogar während des Kriegsjahres 1866 sich gehoben. Während es bei den statistisch behandelten Vereinen im J. 1865 nur 27⁴/₁₀ Procent betrug, waren es 1866 schon 31⁸/₁₀ Procent, und dies ist obendrein die höchste, jemals erreichte Stufe. Nicht weniger bemerkenswerth erscheint es, wie man in den Kreditformen fortschreitet. Der Wechsel gewinnt den einfachen Schuldscheinen immer mehr Boden ab; immer mehr Vereine gehen zu dem Kredit in laufender Rechnung (Kontokorrent) über. Jene 532 Vereine gaben 1866

auf Wechsel . . .	56,682,581	Thlr.
„ Schuldschein .	14,890,693	„
„ Kontokorrent .	10,070,718	„
insgesammt	81,643,992	Thlr.

Vorschuß aus. Während übrigens von 532 Vorschußvereinen bei der Anwaltschaft in Potsdam statistische Berichte eingegangen sind, haben im Jahre 1866, Schulze-Delitzsch namentlich bekannt, 1047 überhaupt bestanden, und in Wirklichkeit also jedenfalls noch eine Anzahl mehr. Dazu kommen 199 Konsum-Vereine, 187 Rohstoff-, Magazin- und Produktiv-Genossenschaften. Man kann also rund 1600 Genossenschaften als die Gesammtziffer annehmen, welche 105 bis 110 Millionen Thaler durch ihre Kassen haben laufen sehen, mit 9 Millionen eigenen, 27 bis 28 Millionen fremden Kapitals arbeiten, und eine halbe Million Mitglieder zählen. Das heißt, ihr Segen verbreitet sich unmittelbar über mindestens 2 bis 3 Millionen Menschen, mehr als den zwanzigsten Theil der ganzen Nation. Was kann sich dieser Bewegung an die Seite stellen? Die Vorschußvereine nehmen stetig zu, die Konsumvereine noch mehr. Zurück aber geht die dritte Gattung der Genossenschaften — 1865 zählte man ihrer 199, 1866 nur noch 187. Das Leben bestätigt also den Satz der Schulze'schen Schule, daß nichts schwieriger durchzuführen sei, als der genossenschaftliche Betrieb von Erwerbszweigen. Im Jahresberichte muß sogar wieder der Untergang einer der bedeutendsten und tüchtigsten Produktivgenossenschaften verzeichnet werden — der Genossenschaft der Maschinenbauarbeiter in Chemnitz, welche viel erspart, ausnehmend billig gekauft hatten, und doch, sobald eine kritische Zeit eintrat, an der Schwäche ihres Kapitals und ihrer technisch-kommerziellen Einsicht nun traurig zu Grunde gehen. (Elb. Z.)

Breslau, 22. September. Der vor mehreren Wochen gemeldete Hingang des Geheimen Kommerzienraths Theodor Molinari ist überall, wo man die hohen Bürgertugenden des Verewigten kennen und schätzen gelernt hatte, mit tiefer und aufrichtiger Trauer vernommen worden. Ein Zeugniß, welcher warmen Theilnahme der erlittene Verlust auch in den höchsten Kreisen begegnete, bildet ein Schreiben des Kronprinzen an die trauernde Wittwe. Das Schreiben lautet:

„Misdroy, 3. August 1867. Groß und allgemein ist die Trauer, welche das Ableben Ihres Herrn Gemahls in Schlesien sowohl, wie auch in weiteren Kreisen unseres Vaterlandes hervorgerufen hat. Die Kronprinzessin und ich kannten seit Jahren den Namen Molinari als einen der geachtetsten und angesehensten in seinem Berufe und möchten Ihnen gern aussprechen, wie wir auch unsererseits den Verdiensten des Heimgegangenen ein ehrendes Andenken widmen. Unvergeßlich wird Molinaris Thätigkeit zum Wohle der Verwundeten und der Hinterbliebenen unseres Heeres für uns sein. Ihm wurde während der ersten Tage des vorigen Jahres Gelegenheit, in dem theuren Schlesien die Vaterlandsliebe und die Bürgertugenden zu erweisen, welche sein ganzes Leben ausgezeichnet haben, seinen Verlust so schmerzlich machen. Wir bitten Sie, unserer Theilnahme versichert zu sein und auch den Ihrigen unsere Gesinnung mitzutheilen. Gott tröste und stärke Sie in Ihrer gerechten Trauer! Ihr wohlgeneigter Friedrich Wilhelm, Kronprinz."

Hannover, 23. September. Der Provinziallandtag begann heute die Berathung der eingebrachten Vorlagen, nachdem Redecker zum Protokoll sein Bedauern ausgesprochen, daß darin nicht stärker betont worden, welche einmüthige Verurtheilung das Auftreten des Herrn v. Lenthe erfahren habe. Uebrigens fand sich dieser Junker heute abermals berufen, sein Welfenthum zu bekunden, indem er bei Berathung des Domanial-Ablösungsgesetzes darauf hinwies, daß Se. Majestät König Georg V. heute übers Jahr wieder in Hannover sein werde, weshalb man das Gesetz so einzurichten habe, daß es die allerhöchste Billigung dieses Herrn finden könne. Das genannte Gesetz verstattet dem Fiskus auf Ablösung zu provoziren und giebt den Verpflichteten die Befugniß, ein Ablösungskapital zum 20fachen an die Stelle des 25fachen Betrages des Jahreswerthes der Reallasten zu zahlen, und wenn sie davon keinen Gebrauch machen wollen, ihre Verbindlichkeit, diesen Jahreswerth in fester Geldrente 41 Jahre an den Fiskus zu entrichten. Der Landtag beschloß den Gesetzentwurf durch eine Kommission von 9 Mitgliedern prüfen zu lassen und überwies gleichfalls den Gesetzentwurf über Einführung von Civilstandsakten für Dissidenten einer Kommission. Miquel brachte zwei Uranträge ein, wovon der erstere die Regierung ersucht, wegen Regelung der Rechtsverhältnisse der Bauern Vorlagen zu machen, der zweite aber die Jagdscheingebühr zu ermäßigen und den Kommunalkassen zuzuwenden bestimmt ist.

Wiesbaden, 22. September. Wie der „Rhein. Kur." aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist die Domanialangelegenheit zwischen der Krone Preußen und dem Herzog Adolf dahin erledigt, daß der Herzog die Schlösser Biebrich, Weilburg und Platte nebst Parks und Nebengebäuden, ferner die russische Kapelle, das Hofgut Hornau und die Besitzung in Königstein mit den dazu gehörigen Gebäulichkeiten und Gärten behält. Außerdem erhält er eine Abfindungssumme von 15 Millionen Gulden.

Hamburg, 24. September. Der „Hamburger Korrespondent" meldet: Ein Antrag, betreffend die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Berathung der durch den Anschluß Hamburgs an den Norddeutschen Bund hervorgerufenen wirthschaftlichen und finanziellen Fragen, wird von dem Senat der Bürgerschaft in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. Der Senat führt in dem betreffenden Schriftstück aus, daß erst jetzt sich vorläufig übersehen lasse, welche Einwirkung der Anschluß an den Norddeutschen Bund auf die Hamburgischen Verhältnisse in wirthschaftlicher und finanzieller Beziehung haben werde Was die wirthschaftlichen Beziehungen angeht, so erklärt sich der Senat entschieden gegen den Anschluß an den Zollverein im jetzigen Augenblick, zumal der Zollverein gerade jetzt durchgreifenden Reformen entgegensehe, und es durchaus unzweckmäßig sei, auf Grund der gegenwärtigen Zustände dauernde Einrichtungen in Hamburg anzuordnen. Die Stellung Hamburgs als Freihafen sei für den Augenblick die allein maßgebende Basis für Hamburg. Doch mögen Seitens der gemischten Kommission die zu lösenden Detailfragen erwogen werden, welche betreffs der Abgrenzung des Freihafengebiets in Betracht kommen; hierbei könne jedoch von einer Theilung der Stadt nicht die Rede sein und es dürfe sich nur um einen allenfallsigen Anschluß der entlegenen ländlichen Gebietstheile handeln; auch wünscht der Senat, daß die Einrichtungen, welche am Platze zur Erleichterung des Verkehrs mit dem Zollgebiet und zur Erhaltung des Handelsbetriebes in deutschen Waaren nöthig seien, im Schooße der Kommission berathen würden. In finanzieller Beziehung sei leider die Erwartung, die man auf Grund der Militärkonvention hegen durfte — daß nämlich die Mehrbelastung nur 200,000—300,000 Thlr. betragen werde, nicht in Erfüllung gegangen. In Folge einer Auslegung der betreffenden Verfassungsbestimmung über das Aversum, nach welcher Hamburg für seinen Mehrkonsum ein Mehr zahlen solle, stehe eine Mehrbelastung von ca. 640,000 Thlr. zu erwarten. Der Senat erachtet zur Deckung dieses Betrages neue Steuern vorläufig nicht am Platze und wünscht, daß die Kommission diesen Gegenstand ebenfalls in den Bereich ihrer Berathungen ziehen möge.

Oestreich.

Wien, 21. September. Wie sehr auch unsere Offiziösen sich abmühen mögen, die Verhaftung des Generals v. Koudelka, die mit auffallender Frierlichkeit inscenirt wurde, auf eine bloße Privatangelegenheit zu reduziren, das Publikum sieht mit peinlicher Spannung einer neuen Affaire Eynatten entgegen. Die Berufung der „Eingeweihten" auf den Umstand, daß der Feldmarschallieutenant bereits seit drei Jahren pensionirt ist, also gar nicht mehr in der Lage gewesen sei, den Fiskus zu schädigen, verliert auch bei näherer Betrachtung viel von ihrer Stichhaltigkeit. Erstens ist es gewiß, daß er in früherer Zeit allerdings einen Posten im Kriegsministerium inne gehabt hat, und die Motive seiner Abführung in das Stabsstockhaus, wo er, kurios genug, dasselbe Zimmer bewohnt, in welchem General Eynatten sich vor acht Jahren erhängte, brauchen ja nicht gerade aus den letzten Tagen her zu datiren. Sodann wurde er noch im vorigen Herbste zu einer aktiven Dienstleistung verwendet, indem er als Mitglied der Untersuchungskommission figurirte, welche in Wiener Neustadt über General Clam Gallas zu Gerichte saß. Endlich aber müssen, was die Hauptsache ist, die Amtlichen selber zugeben, daß der Grund seiner Verhaftung in Bestechungen liegt, die er für das Versprechen angenommen hat, den betreffenden Geldspendern im vorigen Feldzuge Lieferungen zu verschaffen, so wie daß die Arretirung auf Grund einer Denunziation der Beschädigten erfolgt ist, welchen er seine Zusage nicht halten und das bereits verputzte Geld nicht zurückgeben konnte. Wenn also jetzt mit großer Ostentation verkündet wird, der Fiskus sei in keinem Falle beschädigt, so ist das am Ende Nebensache. Die dem Falle Eynatten durchaus analoge Hauptsache bleibt: daß abermals ein kaiserlicher General darauf spekulirt hat, den Krieg auszunutzen, um auf Kosten der östreichischen Truppen seine Taschen zn spicken.

Wien, 24. September. In Angelegenheiten der Konversion der Staatsschulden steht in den nächsten Tagen eine amtliche Publikation bevor. Beide Finanzminister werden darin erklären, daß sie übereingekommen sind, das Projekt der Konversion auf die rentetragenden Papiere zu beschränken. Die Loospapiere werden ausdrücklich ausgenommen, und wird ebenso der Garantie für die Nichtverletzung der Rechte der Staatsgläubiger (!) ein verschärfter officieller Ausdruck gegeben werden.

Lemberg, 21. Sept. Die am 12. d. M. in dem 4 Meilen von hier entlegenen Städtchen Zolkiew veranstaltete Sobieski-Feier hatte, ungeachtet sie vorzugsweise eine kirchliche war, ganz das Gepräge eines polnischen Nationalfestes. Am zahlreichsten war die Geistlichkeit vertreten. Außer dem hiesigen lateinischen und armenischen Erzbischof und den Bischöfen von Przemysl und Tarnow waren die Domkapitel von Lemberg, Przemysl, Tarnow in corpore und etwa 80 lateinische Geistliche anwesend. Die der griechisch-unirten Kirche angehörige ruthenische Geistlichkeit war dem Beispiel ihres Erzbischofs Litwinowicz gefolgt und hatte sich von dem Feste gänzlich zurückgehalten. Nächst der Geistlichkeit hatte der Adel die zachlreichsten Vertreter entsandt. Viele Adlige trugen die polnische Nationaltracht. Städtische Deputationen waren erschienen aus Lemberg, Tarnow, Przemysl, Brody, Sambor, Jaroslaw, Jaworow, Zloczow. Auch der Gemeinderath von Wien hatte eine Deputation gesandt, ebenso der Landesausschuß und der hiesige Turnverein. Die Gesammtzahl der Festtheilnehmer betrug etwa 10,000. Sehr schmerzlich berührte es, daß die Stadt Krakau keine Vertreter gesandt hatte. Der „Czas" hatte als Entschuldigungsgrund die fortschreitende Verarmung dieser ehemaligen Hauptstadt Polens angeführt, die es ihr unmöglich mache, die Kosten zur Entsendung einer Deputation aufzubringen. In den Festpredigten wurden die frühere Macht und Größe und die gegenwärtige Zerrissenheit Polens als grelle Kontraste einander gegenüber gestellt und Rußland als der Hauptfeind, Oestreich als der künftige Retter Polens bezeichnet. Ein erschütterndes Bild wurde von den Bedrückungen der polnischen Nationalität und der katholischen Kirche in Rußland entworfen. Auch die polnische Tagespresse feierte das Nationalfest durch angemessene Leitartikel. Sie betonte in denselben die Pflicht der Dankbarkeit, die Oestreich den Polen für seine Rettung durch den König Sobieski schulde, und sprach die Hoffnung aus, daß es sobald es sein eigenes Interesse werde begriffen haben, diese Schuld gewiß abtragen werde; an Unterstützung dabei werde es ihm nicht fehlen. (Ostf. Z.)

Frankreich.

Paris, 23. Septbr. Gegenüber den Kritiken französischer Journale über die reservirte Haltung der „Patrie" und des „Konstitutionnel" angesichts des letzten Rundschreibens des Grafen Bismarck, schreibt das erstgenannte Blatt: „Die Regierungen, welche mit Frankreich in Beziehungen stehen, wissen, was sie von der der französischen Regierung zugeschriebenen Schwäche und dem behaupteten Mangel an Stolz zu halten haben. Unsere Gegner werden es nicht bewirken, daß die Ereignisse in Frankreich nicht so verfolgt werden, wie es sich gebührt, und daß die Ehre und die Interessen des Landes nicht in den Händen bleiben, welche denselben zu dienen verstanden haben und sie auch in Zukunft zu vertheidigen wissen werden."

Italien.

— „Movimento" vom 20. September bringt einen Brief aus Rom, welcher meldet, daß mehrere Kardinäle geneigt seien, sich mit der italienischen Regierung in Einvernehmen zu setzen. Es heißt selbst, daß, Angesichts der Gefahren, die Rom bedrohen, Kardinal Antonelli, jedoch ohne Wissen des Papstes, sich einer derartigen Kombination günstig zeige. [?] Der „Secolo" schreibt, daß in einer Versammlung Garibaldi'scher Officiere, die am 18. Sept. in Florenz stattfand, beschlossen wurde, unter allen Umständen und so bald, wie möglich, einen Schlag gegen Rom zu führen. Die Art und Weise und der Zeitpunkt der Ausführung sind aber für Alle, mit Ausnahme einiger weniger Führer, ein Geheimniß. Man erwartet mit jedem Augenblicke den verabredeten Ausbruch einer revolutionären Bewegung in Rom selbst. Der „Pungolo" erfährt aus Florenz, daß Rattazi eine Verabredung mit Garibaldi in derselben Villa gehabt habe, in der sich die Garibaldi'schen Führer zur Berathung versammelt hatten. Garibaldi soll, allen Vorstellungen Rattazi's gebenüber, unerschütterlich an seinem Entschlusse festgehalten haben. Die römische Frage, hätte er angeführt, könne nicht durch die italienische Regierung selbst gelöst werden, da diese durch Vertrag gebunden sei. Ratazzi seinerseits hätte erklärt, die Regierung sei um jeden Preis entschlossen, ihm den Uebergang über die Gränze zu verwehren. Garibaldi machte geltend, mit Rom sei kein gütliches Abkommen möglich; das Volk werde auf eigene Faust handeln, und die Regierung möge thun, was sie für ihre Pflicht halte. Die Expedition habe keinen anderen Zweck, als die Fahne Italiens auf dem Kapitol aufzupflanzen. Man schreibt der „Unita Italiana" aus Bologna, 17. September: „In den Kasernen herrscht ein reges Treiben. Man vertheilt Patronen, gibt Befehle und Gegenbefehle für den Abmarsch kleinerer Truppen-Abtheilungen. Die Soldaten gehen auf der Linie von Ancona und Toscana nach der päpstlichen Gränze. Ein Bataillon Versaglieri schickt sich diesen Abend zur Abfahrt an." Aus Parma ist das dortige Bataillon Versaglieri mit der Eisenbahn nach Bologna befördert worden.

Florenz, den 19. September. Zwischen hier und Paris findet ein sehr reger Depeschen-Auswechsel statt. Man erzählt, es seien Unterhandlungen zwischen den beiden Regierungen eröffnet worden, die sich auf die erwartete Unternehmung Garibaldi's gegen den Kirchenstaat beziehen, und ferner, daß von Rom aus diese Unterhandlungen in Paris angeregt worden wären und daß dieselben die theilweise Besetzung des Kirchenstaates durch die italienischen Truppen zur Grundlage haben. Man soll grundsätzlich über die Besetzung eins sein, allein die Frage der Dauer ist noch nicht entschieden. Die italienische Regierung will dieselbe andauernd, Frankreich (der Papst) will aber nur von einer zeitweiligen wissen. Auch verlangt Italien das Recht maritimer Niederlassungen in den päpstlichen Häfen. Frankreich hat noch nicht eingewilligt, oder besser gesagt, die päpstliche Regierung hat noch nicht ihre Zustimmung ertheilt. Was von einem etwaigem Einschreiten der französischen Armee gesagt wird, entbehrt jeder Begründung; Frankreich wird sich wohl hüten, diese Thorheit zu begehen.

Florenz, 23. September. Der preußische Gesandte Graf Usedom ist hier eingetroffen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. September, Abends. In hiesigen gouvernementalen Kreisen werden die meisten Nachrichten, die im Laufe der letzten Woche in Verbindung mit dem Aufenthalte des Kaisers in Livadia mitgetheilt wurden, auf das Bestimmteste für unrichtig erklärt. Dahin gehört zunächst die Mittheilung eines Wiener Journals über die Unterredung des Kaisers mit Fuad Pascha, ferner die Nachricht von der Berufung des Großfürsten Konstantin und des Fürsten Gortschakoff nach Livadia, endlich die Meldung von einer Reise des Großfürsten Michael nach Konstantinopel.

Türkei.

Konstantinopel. Ueber Triest wird unterm 13. gemeldet: In der vorhergehenden Woche hatten die Dolmetscher der vier Mächte der Pforte mündliche Eröffnungen gemacht, welche in Betreff Kandias den Vorschlag eines dreimonatlichen Waffenstillstandes und die Absendung einer internationalen Kommission betrafen. Ueberdies legte Hr. Outrey eine Note vor, des Inhalts, daß die französische Regierung, während sie auf einem dreimonatlichen Waffenstillstande und der Berufung auf das allgemeine Stimmrecht als den Hauptpunkten bestehe, dem Admiral Simon Befehl gegeben habe, den Transport kandiotischer Familien zu suspendiren, bis die Antwort der Pforte auf diese Note eintreffe. Hierauf versammlte sich der türkische Ministerrath, der, dem „Lev. Her.“ zufolge, nachstehende Beschlüsse faßte: Die Pforte bewillige nur einen einmonatlichen Waffenstillstand zu Lande, die Blokade müsse jedoch fortdauern. Während dieses Zeitraums würden sich die türkischen Truppen aller Feindseligkeiten enthalten, jedoch selbstverständlich gegen jeden Angriff vertheidigen. Alle, welche die Insel zu verlassen wünschen, könnten dies in der Zwischenzeit thun, die Kandioten würden jedoch in diesem Falle ihr Bürgerrecht verlieren und die Rückkehr könne nur mit Erlaubniß der türkischen Regierung stattfinden. Eine internationale Enquête sei überflüssig, indem, bei dem Umstande, daß von einer Annexion an Griechenland nicht die Rede sein könne, die Bewohner blos über Reformen befragt werden könnten, betreffs deren die Pforte freiwillig mehr zu thun verspreche, als die Mächte verlangen oder die Kandioten selbst erwarten. Sie wolle eine allgemeine Amnestie bewilligen und einen christlichen Gouverneur einsetzen, dem ein aus vier Abgeordneten gewählter Rath zur Seite stehen solle; sie wolle ferner den Transport solcher emigrirten Familien, die wieder nach Kandia zurückzukehren wünschen, und jenen der griechischen Freiwilligen auf ihre Kosten besorgen und die Einwohner für die während des Krieges erlittenen Verluste mit einer 500,000 türkische Lire nicht übersteigenden Summe entschädigen. Sie wolle alle zerstörten Dörfer, mit Einschluß der Kirchen u. s. w., wieder aufbauen und den Kandioten sechs Jahre lang die Zollgebühren nachlassen. Zu diesem Zwecke solle ein Theil des Einkommens einer andern Provinz verwendet werden. Diese Antwort wurde dem General Ignatieff vor seiner Abreise nach der Krim vom Sultan selbst mitgetheilt.

Vom Reichstage.

7. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.

Berlin, 24. September 1867.

Eröffnung 11¼ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. Am Tische der Kommissarien Graf Bismarck, Minister v. Friesen, Präsident Delbrück, v. Liebe u. s. w. im Ganzen 13 Mitglieder des Bundesrathes. Das Haus ist stärker besetzt als bisher; Frhr v. Moltke, Graf Schwerin, Duncker, Harkort sind auf ihren Plätzen.

Abg. Waldeck hat dem Präsidium angezeigt, daß er das Mandat für Mühlheim niedergelegt und das für Bielefeld angenommen; desgl. der Abg. Dr. Michaelis, daß er für Düsseldorf niedergelegt hat. — Ein Schreiben des Präsidenten Delbrück erklärt, daß der Bundeskanzler mit Vergnügen bereit ist auf das Budget des Bundes bezügliche Anfragen zu beantworten und bezeichnet die Mitglieder des Bundesrathes, die für die einzelnen Etats Rede stehen werden. Für den meiningenschen Vertreter im Bundesrath v. Beust ist der Minister v. Krosigk eingetreten.

Zwei neue Gesetzentwürfe sind durch den Bundeskanzler an das Präsidium gelangt, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst und die Nationalität der Handelsschiffe. Nach dem Druck derselben wird über ihre geschäftliche Behandlung entschieden werden. Ueber die Vorlage, betreffend die Fortdauer des Zollvereins, beschließt der Reichstag Vorberathung im Plenum, über den heute eingebrachten Gesetzentwurf des Abg. Lasker, betreffend die Aufhebung der Zinsbeschränkungen, Schlußberathung, über den des Abg. Schulze, betreffend die Aufhebung des Koalitionsverbotes Vorberathung im Hause. (Die Rechte bleibt mit ihrem Antrage auf Einsetzung einer besonderen Kommission in der Minorität). Ferner hat sich heute die aus 28 Mitgliedern bestehende Petitionskommission unter dem Vorsitze des Abg. Becker (Oldenburg) und des Fürsten Solms als seines Stellvertreters konstituirt; Schriftführer ist der Abg. v. Seydewitz. Endlich fordert der Kommissar des Breslauer Künstlervereins auf zur Errichtung eines Asyles für Künstler u. s. w. zu subskribiren.

Das Haus tritt in die Adreßdebatte ein. Zur Geschäftsordnung erklärt der Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) im Namen des abwesenden in Hannover zurückgehaltenen Abg. Miquel, daß derselbe seinen Adreß-Entwurf zu Gunsten des von Aegidi, v. Blanckenburg und Dr. Braun eingebrachten zurückzieht; er bezeichnet die Stellen der letzteren, die ihm diesen Entschluß ermöglichen, in welcher Bezeichnung Präsident Simson bereits eine Ueberschreitung der Grenzen einer Erklärung „zur Geschäfts-Ordnung“ erkennt. Desgleichen zieht Abg. Graf Stolberg seinen Adreßentwurf zurück und Referent Planck seinen ursprünglichen Antrag auf Annahme des Miquelschen. Es liegt also dem Reichstag jetzt nur noch die (dritte) von den Abgg. Aegidi u. s. w. beantragte Adresse vor, welche beide Referenten zur Annahme empfehlen. Zu derselben liegt ein Amendement des Abg. Reichensperger vor, in Alinea 1 statt des Dankes und der Befriedigung der Nation, „über die bisher errungenen Erfolge einer wahrhaft deutschen Politik“ zu sagen: über die allseitig erfolgte Annahme und Durchführung der Norddeutschen Bundesverfassung“, und mit Weglassung des ersten Satzes in Alinea 2 fortzufahren: „Diese Grundlage der nationalen Zukunft zu befestigen und im Sinne u. s. w.“

Ferner liegt eine motivirte Tagesordnung vor: Der Reichstag wolle beschließen: in Erwägung, daß die Vereinignng des Nordens und des Südens Deutschlands durch eine und dieselbe Bundesverfassung als ein unabweisbares nationales Bedürfniß allseitig anerkannt ist, auch eine Einsprache des Auslandes gegen das Recht des deutschen Volkes auf nationale Einigung nicht vorliegt und, wenn sie vorläge, dasselbe nicht würde beeinträchtigen können, — daß auch durch den Inhalt der Thronrede zu der wiederholten Darlegung jenes Bedürfnisses mittels einer Adresse kein Anlaß geboten ist, — daß überdies die Berathung einer solchen Adresse, wenn darin den politischen Anschauungen des Reichstages ein vollständiger Ausdruck gegeben werden soll, unvermeidlich Erörterungen hervorruft, welche geeignet sind, das vom Gefühle der nationalen Kraft getragene Vertrauen in die friedliche Entwickelung der Zukunft zu schwächen und einen schädlichen Einfluß auf das Verkehrsleben auszuüben, — geht der Reichstag über den Antrag auf Erlassung einer Adresse zur Tagesordnung über. — Unterzeichnet von Graf Baudissin. Günther (Sachsen). Kraus. v. Münchhausen. Dr. Franke. Frhr. v. Hammerstein Oehmichen. Gebert. Dr. Hänel. Reichensperger. Jensen. Russel. Graf Grote. Jordan. Dr. Schleiden.

Die Rednerliste wird festgestellt. Es melden sich zum Wort für die Adresse 13, gegen die Adresse 29. Die Verlesung der überaus langen Liste erregt große Heiterkeit. Zunächst erhält das Wort

Referent Abg. Planck: Meine Herren! Eine Adresse hat bei uns nicht dieselbe Bedeutung, wie in England, wo sie regelmäßig nur eine Form ist, nur eine Umschreibung der Thronrede, womit die Majorität ihre Uebereinstimmung mit dem jeweiligen Ministerium zu erkennen giebt. Die Adresse betrachten wir auch nicht, wie in Frankreich, als eine passende Gelegenheit, sich über alle möglichen Dinge auszusprechen. Uns erscheint die Beantwortung der Thronrede durch eine Adresse nur dann empfehlenswerth, wenn ein besonderer Anlaß vorliegt, wenn politische Fragen von Bedeutung auf der Tagesordnung stehen. Und eine solche Frage ist die unseres Verhältnisses zu Süddeutschland. Die jetzige Lage ist nicht haltbar. Weder der Norden noch der Süden kann getrennt diejenige Entwickelung finden, nach welcher das deutsche Volk hindrängt; sie müssen sich ergänzen, auch auf staatlichem Gebiete. Wenn jetzt der Süden zu schwach ist, um ein wirklich selbstständiges Staatswesen zu bilden, so wird auch der Norden an dieser Krankheit leiden und seine Entwickelung wird immer in Gefahr sein, seiner Aufgabe nicht zu genügen. Die jetzige Entwickelung der politischen Lage aber ist zu einem Punkte angelangt, wo es nöthig ist, daß der Reichstag diesen nationalen Gefühlen einen bestimmten und starken Ausdruck giebt. Dies zu thun und zugleich damit die nationale Entwickelung, die Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norden zu beschleunigen, ist der Zweck unserer Adresse. Rechtliche Hindernisse gegen diese Vereinigung, gegen den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, sind nicht vorhanden. Auch der Artikel 4 des Prager Friedensvertrages enthält ein solches Hinderniß nicht. Was thatsächlich bisher auf dem Wege zur Einigung hin geschehen ist, die militärischen Schutz- und Trutzbündnisse, die Zollverträge, ist zwar anzuerkennen in hohem Grade, aber es ist nicht genügend, es sind immer nur einzelne Schritte, und das gegenwärtige Uebergangsstadium wird immer unerträglicher. Ganz Europa beschäftigt sich fast täglich mit der deutschen Frage, überall herrscht die Besorgniß, daß dieselbe schließlich auf kriegerischem Wege ihre Lösung finden werde. Und, meine Herren, so lange die Lösung nicht da ist, wird auch dieser Druck der Kriegsfurcht nicht aufhören, wird es zu keinem ruhigen Aufathmen kommen, wird vor Allem die gesunde Fortentwickelung der bürgerlichen und politischen Freiheiten auch bei uns im Norden nicht möglich sein. (Sehr richtig!) Einem solchen Zustande muß ein Ende gemacht werden (Bravo), und ich glaube, daß eine Adresse, wie sie hier beantragt ist, ein geeigneter Schritt dazu ist. Wir erfüllen damit nur eine Pflicht gegen uns selbst, gegen die Regierung, gegen Süddeutschland, eine Pflicht auch gegen das Ausland. Ich sage zunächst: eine Pflicht gegen uns selbst; denn eine solche Erklärung wird geeignet sein, die Kraft der nationalen Idee zu stärken, die ja allein die feste und sichere Stütze unserer Zustände, unserer neuen Verfassung ist. Und wenn wir die Regierung fest und sicher ihren Weg gehen sehen, wenn wir in dem neuesten Rundschreiben des Präsidiums des Bundes an die diplomatischen Vertreter im Auslande es ausgesprochen sehen, daß Deutschland eine fremde Einmischung nicht ertragen wolle, noch werde, m. H., dann ist es hohe Zeit, dann ist es unsere Pflicht, zu erklären, daß wir damit einverstanden sind, daß wir bereit sind, in dieser Richtung jeden Schritt der Regierung zu unterstützen. (Bravo!) Aber nur der freien Entschließung des Südens soll diese Vereinigung gedankt werden. Noch freilich ist die Stimmung dort eine getheilte; doch bei dem kräftigen Ausdruck, den die badische Thronrede und die Antwort darauf Seitens der Kammer dem nationalen Gefühle gegeben hat, erfordert es die einfachste Rücksicht, ich möchte sagen der Höflichkeit, daß wir darauf antworten, daß wir ohne Zögern die uns entgegengestreckte Hand annehmen. Es giebt auch im Süden große Parteien, gemischt aus partikularistischen, aus ultramontanen, aus demokratischen Elementen, die der Einigung widerstreben. Nehmen wir ihnen, m. H., den Vorwurf, den sie uns machen; den nämlich, daß wir den Eintritt Süddeutschlands in den Norddeutschen Bund gar nicht wollten! Das feierliche Aussprechen unsererseits, daß dem nicht so ist, wird unzweifelhaft auch dort die Stärkung der nationalen Parteien, die Schwächung der uns feindlichen Elemente zur Folge haben. Wir haben endlich eine Pflicht gegen das Ausland zu erfüllen. Mit Mißgunst betrachten einige Parteien in Frankreich die neue Gestaltung der deutschen Verhältnisse: ihre Leidenschaften sind stärker als ihre Vernunft, und Sie wissen, m. H., daß die inneren Zustände Frankreichs der Art sind, daß die einzige Alternative für die Zukunft die Freiheit oder der Krieg ist. Der intelligentere Theil des französischen Volkes freilich verabscheut den Krieg, und wir dürfen hoffen, daß die französische Regierung diese Ansichten theilt. Aber wohin sich die Wage zwischen diesen beiden Richtungen neigen wird, kann Niemand wissen, und da gebietet es unser nationales Interesse und unsere nationale Ehre, daß wir offen und rückhaltlos den festen Entschluß aussprechen, jede Einmischung von Außen unter allen Umständen zurückzuweisen. (Bravo!) Wir wünschen den Frieden, wir wünschen jeder fremden Nation, daß ihre Rechte unbeeinträchtigt bleiben, aber wir sind entschlossen, auch unser eigenes Recht zu wahren, und wir werden uns darin durch keinen Einfluß des Auslandes irre machen lassen. Wir wollen das große Werk der nationalen Einheit vollenden um jeden Preis! (Lebhafter Beifall). — Das, meine Herren, sind die wesentlichsten Gedanken, die in der Adresse ausgesprochen werden sollen und, wie ich glaube, ausgesprochen sind. Es wird sich im Einzelnen manches gegen die Redaktion einwenden lassen, aber auf solche kleineren Ausstellungen kommt es, wenn nur das Wesentliche ausgedrückt ist, gewiß nicht an. Dies Wesentliche aber finden Sie in dieser Adresse, wie ich meine, in würdiger Form und kar und scharf ausgesprochen. Ich bitte Sie, dieselbe anzunehmen (Beifall).

Abg. Ziegler (gegen die Adresse): Ich betrete heute zum ersten Male die Tribüne mit einer gewissen Befangenheit, weil, wenn ich gegen jede Adresse spreche, es immer den Anschein des Unloyalen und Unzufriedenen hat, wenn man auf königliche Worte keine Antwort findet. Auch ist es mir unangenehm, gegen eine Adresse zu sprechen, weil bei solcher Gelegenheit die größte Einmüthigkeit vorherrschen sollte. Ich werde aber nicht dazu beitragen, die im hohen Hause vorhandenen Spaltungen zu vermehren, weil ich mein Vaterland zu sehr liebe, als daß ich dem Auslande Gelegenheit bieten sollte, aus solchen Spaltungen Spekulationen auf unsere Schwäche zu machen. (Bravo!) Ich folge deshalb auch dem Herrn Referenten nicht in seinem historisch-staatsrechtlichen Vortrag, der wesentlich darauf hinausging, unser Recht zu deduziren. Das bezweifelt ja aber Niemand, am wenigstens Jemand unter uns. Aber ich bin verpflichtet, zu motiviren, weshalb die Partei, der ich angehöre, von keiner Adresse etwas wissen will. Es sind Bedenken der schwersten Art, die uns davon zurückhalten, zunächst Bedenken formaler Natur. Ich muß nämlich mit einem juristischen Ausdrucke die aktive und passive Legitimation zur Adresse bestreiten. In einem monarchischen Staat ist die nothwendige Voraussetzung solcher Adresse ein Souverän, der mit alleiniger Selbstbestimmung auf die Anträge der Volksvertreter zu beschließen hat. Das ist ja aber hier nicht der Fall. Unser König ist ja nur Bundespräses, oder, wie der Bundeskanzler einmal sagte, primus inter pares. Wenden wir uns daher an ihn allein, so fließt von unserer Adresse an die übrigen Bundesfürsten immer etwas über. Das haben Sie auch gefühlt, meine Herren, und deshalb haben Sie mit Verlassung Ihres ersten Entwurfs die Bundesgenossen mit hineingezogen und gesagt: „Ew. Königlichen Majestät und Allerhöchst dero erhabenen Bundesgenossen bezeugt der erste Reichstag seinen Dank ꝛc.“ Nun habe ich aber gar keine Luft, zu den gedachten Bundesfürsten in irgend eine Kommunikation zu treten, wenn ich auch den Dank nicht abwägen und nicht untersuchen will, wer von ihnen invita Minerva die Einheit gefördert hat. Sodann, meine Herren, fehlt eine zweite Voraussetzung zur Adresse, nämlich ein verantwortliches Ministerium, über das hinweg eine Landesvertretung sich an den Thron richtet (Sehr richtig)! Ja wir haben nicht einmal einen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sowie uns auch kein Etat des auswärtigen Ministeriums vorgelegt ist. Es ist ja ganz etwas Zufälliges, daß der Herr Bundeskanzler jene Funktion in Preußen bekleidet So, meine Herren, stehen Sie erstaunt vor Ihrem eigenen Werke der Bundesverfassung, und wundern sich über die Spuren der harten Hammerschläge, mit denen es eilig gemacht ist, weil etwas zu Stande kommen mußte. Ihrem Herzensbedürfniß nach wollen Sie nun gern über die auswärtigen Angelegenheiten Ihre Stimme erheben, um uns, den Reichstagsmitgliedern, eine höhere Position zu geben. Nun, meine Herren, wir haben in früheren Jahren, wenn wir über auswärtige Angelegenheiten mitsprachen, wenig Glück gehabt, noch weniger aber einen Einfluß auf die Regierung geübt. Wie sollen wir denn gegenwärtig mit einem Mal Einfluß üben? Und wer im Auslande soll uns denn nun mit einem Male Gewalt genug zutrauen, um auf die Regierung bestimmend oder auch nur helfend zu wirken. Glauben Sie mir, Sie stellen ein gefährliches Präzedenz hin, wenn Sie sich an die Bundesfürsten bei dieser Gelegenheit wenden, und ich könnte Ihnen das durch sehr verfängliche Beispiele klar machen, wenn ich den ruhigen Verlauf der Debatte stören wollte. So viel über das Formale. Materiell kann ich eben so wenig für eine Adresse sein. Ich glaube voraussetzen zu dürfen, daß Sie den Süddeutschen Ihre Bereitwilligkeit zeigen wollen, sie zu uns herüber zu ziehen. Hoffen Sie auf die Fürsten? Ganz Europa weiß ja, wie diese thatsächlich bewiesen haben, daß sie gern im alten Bundestage fortgelebt hätten. Und die Völker? Nun, es ist wahr, daß im Süden einige patriotische Männer den Anschluß an Norddeutschland wünschen. Aber das Gros der Völker? Der Kaiser Napoleon soll gesagt haben: die Völker lassen sich nicht mehr regieren, wenn sie nicht ihre Rechnung bei der Sache finden. So denken auch die süddeutschen Völker und so rechnen sie darauf, daß wir in die Gemeinschaft eine Mitgift, nämlich ein größeres Maß der Freiheit bringen, als sie schon besitzen. Ist das der Fall? Sie wissen ja, was im Innern noch Alles aufzuräumen ist und ein Mann Ihrer Partei hat gesagt: Preußen muß innerlich ausgebessert werden. Ich bin weit entfernt, dies hier aufzuzählen und an den Wunden des Vaterlandes zu rühren. Aber in dem Adreßentwurfe, wie er jetzt noch vorhanden ist, finde ich nichts als den kümmerlichen Satz, es sei Sache des Reichstages, die vorhandene Grundlage im Sinne bürgerlicher Freiheit und volkswirthschaftlicher Wohlfahrt auszubauen. Auch das letzte Alinea, das viele Desiderate enthält, sagt von diesem inneren Ausbau nichts, und Sie vergessen ganz die Pflichten der Regierungen in diesem Sinne anzurufen. Schon deshalb kann meine Partei nicht für die Adresse stimmen, weil letztere immer Freiheit und Einheit gleichmäßig betont. Und nun zum Schluß die Frage: ist denn Ihre Adresse an der Zeit? Ich glaube, daß die, welche sie angeregt haben — und es sind nur Wenige — sich die Lage des Landes nicht klar gemacht haben. Seit langen Jahren haben wir schon theils Krieg, theils Rüstungen, und im letzten Jahre wurden wir von von einer Handelskrisis, der Cholera und dem Kriege heimgesucht. Die Geschäfte lagen darnieder, Hypotheken nicht zu schaffen, Kurse gefallen, Landgüter ausgeboten, Amerika überführt, die Arbeit stockt. Und was sagt der Bürger? „Laßt uns doch Zeit, die Lücken in unserem Vermögen auszufüllen, laßt uns arbeiten, das Vertrauen sich befestigen, unsere Kinder erziehen und versorgen.“ Und eben während sie aufathmen, kommen Sie mit Ihrer Adresse, die auf die Börse von Paris wirken, auf Wien und Berlin zurückschlagen und so wieder die Ruhe in Frage stellen wird. Und wozu das Alles? Wollen Sie etwa dem Minister des Auswärtigen Muth machen? (Heiterkeit.) Nun, ich habe viel Vorwürfe gegen ihn gehört, Vorwürfe, die zum Theil mit Selbstüberwindung späterhin abgebeten worden sind. Aber den Vorwurf der Muthlosigkeit habe ich nie gehört. (Heiterkeit, an der der Bundeskanzler theilnimmt.) Im Gegentheil habe ich mich gefreut, daß der Herr Minister in der Luxemburger Affaire sich selbst beschränken konnte, was der wahre Staatsmann können muß, und ich verehre deshalb die Kurie, weil sie auch ein Aktenstück schreiben kann: „reproducatur nach 50 Jahren.“ Wozu denn, meine Herren, nun diese Unruhe? Ich erinnere mich, daß kurz nach dem Ausmarsch unserer Truppen nach Böhmen mich ein Franzose besuchte. Ueber nichts war der Mann so erstaunt, als über die Ruhe in Berlin. Jeder ging ruhig an seine Arbeit, selbst an öffentlichen Orten sprach man wenig über die Sache. Und mit französischer Lebhaftigkeit rief er aus: „Seid ihr denn, wie einst der römische Senat, ein Volk von Königen?“ Und, m. H., ist denn unsere jetzige Position nicht viel sicherer? Hat nicht unser Heer die Feuerprobe bestanden? Ist nicht unser Schatz gefüllt? Sind nicht reiche Mittel zur Ausbesserung der Kriegsrüstung bewilligt? Ist nicht unser Heer bis zu jedem Knopf und jeder Schnalle gerüstet? In solcher Lage ist es würdevoller, mit übereinander geschlagenen Armen in alle die Unruhe in- und außerhalb der Grenzen ruhig drein zu sehen, als unruhig mit den Armen zu fechten. Ihnen Allen ist bekannt, daß das Ansehen des Staates ganz korrelat ist mit den Kursen seiner Staatspapiere. Diese hängen ab von dem Kredit, letzterer von der Arbeit des Volkes. Lassen Sie uns also arbeiten, sparen, Werthe schaffen! Das sei die einzige, legale, nachhaltige Rüstung, gegen die Niemand etwas haben kann. Ich bitte Sie, von Ihrer Adresse abzustehen. Ich glaube, daß Viele unter Ihnen sind, die sie nicht beantragt hätten. Aber sie ist einmal da, und so wird es Ihnen schwer, zurückzutreten. Aber Sie werden ja nicht besiegt, denn unsere wenigen Stimmen können Sie nicht besiegen. Sie begehen vielmehr einen Akt der Selbstüberwindung. Die Welt weiß, daß wir nicht aggressiv sind, daß es aber gefährlich ist, uns in unserm Rechte zu nahe zu treten. Haben wir Vertrauen zu unseren Zuständen und drücken wir das aus durch das, was Sie an der königlichen Rede hervorhoben, durch ein „beredtes Schweigen!“ (Lebhafter Beifall von verschiedenen Seiten des Hauses.)

Abg. Prof. Aegidi: Allerdings waren es viele Gründe, welche gegen den Erlaß einer Adresse sprachen, wenn indessen jetzt von Seiten der national-liberalen Partei der Entwurf einer solchen eingebracht ist, so erfordert es die Rücksicht auf die stets bewiesene nationale Haltung derselben, ihre Gründe zu erwägen, und man kann dieselben nicht als unberechtigt zurückweisen. Zunächst ist zu bedenken, daß ein Wort dieses ersten Reichstages die wohlthätigste Wirkung auf den Frieden haben kann unter der — jetzt zur Wahrheit gewordenen — Voraussetzung, daß sich in dem Ausdruck desselben alle Fraktionen, die die Regierung nach außen unterstützen, vereinigen. Aeußere Politik zu treiben ist freilich nicht unsere Aufgabe, wohl aber die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die bemängelte Form der Adresse, nach welcher sich dieselbe außer an den König von Preußen noch an die anderen Bundesfürsten wendet, ist völlig korrekt und entspricht dem verfassungsmäßigen Verhältniß, welches auch diesen kleineren Fürsten ihre rechtliche Stellung wahrt. Für das Verhältniß zu Süddeutschland halte ich es von Wichtigkeit, daß unser Wort der Ausdruck des Hauses von der äußersten Rechten bis tief in die Linke hinein ist; es giebt den Süddeutschen den Beweis, daß sie mit offenen Armen empfangen werden, wenn sie zu uns kommen wollen; wenn sie nicht wollen, dann dürfen wir ebsowenig eine Pression auf sie ausüben, wie die preußische Regierung dies gethan hat, obwohl sie in der Kündigung des Zollvereins die beste Waffe in den Händen hatte. Hinsichtlich der Deduktion, daß durch den Prager Frieden in dem Main eine ewige Scheidelinie zwischen Nord- und Süddeutschland durchaus nicht gegeben sei, schließe ich mich, als Lerner und Lehrer des Staatsrechts, den Ausführungen des Abgeordneten Planck an. Wir wollen durch unsere Adresse dem französischen Volk sagen, daß es als Zuschauer des vorjährigen Schauspiels nicht — wie es im Alterthum geschah — noch ein Honorar beanspruchen kann. Wenn sich Nachbarvölker gegen uns verbinden und zum Kriege herausfordern, so ist dies nur ein Zeichen ihres Bankerotts und für uns kein Gegenstand der Besorgniß. Das französische Volk sollte durch das Gefühl der eigenen Würde abgehalten werden, sich zu den Nationen zu zählen, die Andere für sich arbeiten und sich selbst die Nägel wachsen lassen; sollte es uns bedrohen, so werder wir diese Nägel zu beschneiden wissen, und es in den Stand setzen, an dem Ausbau seines eigenen Innern zu arbeiten.

Abg. Günther (für motivirte Tagesordnung): Ich bin gegen eine Adresse, da ich dieselbe für eine der schärfsten konstitutionellen Waffen halte, die man auf die Gefahr hin, sie abzunutzen, nicht anwenden darf ohne dringende Veranlassung. Eine solche finde ich weder in äußeren Ereignissen noch in der Thronrede. Ich selbst stehe auf dem Boden der Bundesverfassung und mit wir erkennt der größte Theil des Volks dieselbe an, doch ist zwischen Anerkennung und großer Sympathie, wie Sie dieselbe in der Adresse aussprechen, ein bedeutender Unterschied. Dies veranlaßt mich gegen Ihren Entwurf zu stimmen. Sie werden durch Annahme desselben nur kaum vernarbte Wunden wieder aufreißen, die Leidenschaften von Neuem wecken, aber keine Stimme der Süddeutschen für sich gewinnen. Das Letztere ist nur möglich durch Herstellung eines wahrhaft konstitutionellen Bundesstaates, der neben einer starken Centralgewalt auch die Rechte Anderer schont, nicht aber dadurch, daß Sie für eine verbesserungsbedürftige Verfassung den Dank der Nation votiren. Wenn Sie aber durch Ihre Adresse nur dem Auslande gegenüber das Recht betonen wollen, sich im Inneren nach eigenem Belieben zu konstituiren, so ist das in den Motiven unseres Antrages noch viel schärfer ausgesprochen. Die von Ihnen vorgeschlagene Fassung könnte außerdem als Provokation dem Auslande gegenüber aufgefaßt werden und auf die Börse wie auf Handel und Verkehr den nachtheiligsten Einfluß ausüben. Sobald die Mainlienie überschritten ist, wollen wir im Namen der ganzen deutschen Nation eine Adresse beschließen, welche lauten soll:

„Ein Volk, Ein Reich, Ein Wappen;
Helf uns Gott, so soll es klappen!“

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Der letzte Redner hat gegen unsere Adresse geltend gemacht, daß durch dieselbe von Neuem schmerzliche Gefühle erregt und Leidenschaften geweckt würden. Meine Herren! Dadurch, daß man Jemandem die Bruderhand reicht, kann nur derjenige gereizt werden, der nach Erneuerung des Krieges lechzt. Der Redner für einfache Tagesordnung hat die Mängel der Bundesverfassung hervorgehoben, dieselbe gewissermaßen als nur aus Mängeln zusammengesetzt darstellt, wie einen Mantel aus Löchern. Von diesem Standpunkte aus kann er allerdings für unsern Entwurf nicht stimmen, in welchem ein Dank für diese Verfassung ausgesprochen wird. Diese Vorwürfe gegen den bestehenden Zustand haben sich übrigens schon bedeutend gebessert; es ist heute ein überwundener Standpunkt, dem entschlafenen Bundestage eine Thräne nachzuweinen, um so mehr, als sich die Früchte der neuen Verhältnisse bereits zu zeigen beginnen. Zolleinigung ohne Veto und mit Volksvertretung, Einheit des Heeres, welches die Wahrscheinlichkeit des Sieges für sich hat, Freizügigkeit, Einheit von Maß, Münze und Gewicht, Abschaffung des Paßunwesens, Sicherheit der Kauffahrteischiffe u. s. w. Würde ein einziger der erwähnten Vortheile unter dem Bundestage erreicht worden sein, bei welchem schon die Neigung zur Thätigkeit ein Mitglied in den Verdacht eines unruhigen Kopfes zu bringen vermochte? Das Bedenken, daß wir durch unsere Erklärung uns einheitlich konstituiren zu wollen, das Ausland provoziren könnten, darf uns nicht bestimmen; sollten wir, die wir uns bei allen inneren Kämpfen Englands, Frankreichs, Spaniens jeder Intervention enthalten haben, nicht einmal sagen dürfen, daß wir uns einigen wollen? Darf ich meinem Nächsten verbieten, seine geflickte bunte Jacke mit einer neuen zu vertauschen, weil ich selbst einen ganzen Rock anhabe? Wir haben mit Oestreich Frieden geschlossen und Oestreich wird — das hoffe ich — denselben halten, um sich mit uns zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu verbünden.

Daß zum Erlaß einer Adresse nothwendig ein verantwortliches Ministerium gehöre, ist um so weniger zutreffend, als Sie einen Bundeskanzler haben, der stark genug ist, die Verantwortlichkeit allein auf seine Schultern zu nehmen. Ebensowenig kann ich den Einwurf anerkennen, daß wir uns einer Erklärung über die äußere Politik enthalten sollten, da man doch nicht auf uns hören würde, und wir bisher wenig Glück damit gehabt hätten. Es ist dies die Lehre vom passiven Widerstande, mit dem man doch genug böse Erfahrungen gemacht hat, um denselben endlich aufzugeben. Man sagt uns endlich: Was wollt Ihr mit Eurer Anrede an die süddeutschen Fürsten und Völker, die doch nicht die

Absicht haben, sich Euch anzuschließen? Ob alle süddeutschen Dynasten so denken, weiß ich nicht; einen kenne ich nur so weit, daß er Keinem von uns an nationalem Gefühle nachsteht; jedenfalls giebt es eine stärkere Macht, welche hinter dem Fürsten steht: der kategorische Imperativ der Nation. Wie man von süddeutschen Völkern sprechen kann, verstehe ich nicht, da alle süddeutschen Staaten eben nur ein Volk bilden, und nicht einmal nach Stämmen abgetheilt sind. Der Abg. Günther hat uns erklärt, wir müßten viel mehr konstitutionelle Freiheiten bieten, um die andere Hälfte Deutschlands zum Anschluß zu bewegen; ich versichere Ihnen, daß kein süddeutscher Staat so große verfassungsmäßige Rechte besitzt, wie sie die Bundesverfassung uns Norddeutschen gewährt. Schließlich hat man uns gesagt: „Still, stört die Börse nicht." Ich bin erstaunt, gerade von dieser Seite (nach links) den Wahlspruch zu hören: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht". Wir wollen an unsere friedliche Arbeit, an den Ausbau der Verfassung gehen, und sprechen nur durch die Adresse dem Auslande aus: „noli turbare circulos meos". Dies ist der Standpunkt, von dem aus ich Ihnen die Annahme der Adresse empfehle, den der Dichter ausspricht in den Worten:

„Dies ist unser, so lasset uns sagen und uns behaupten,
Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen."

Abg. Dr. Schaffrath (gegen die Adresse): Obgleich auch ich auf dem Boden der angenommenen Bundesverfassung stehe, kann ich doch nicht für die Adresse stimmen, da ich ihre Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit nicht einsehe und die vom Vorredner angeführten Gründe höchstens die Zulässigkeit einer Adresse motiviren könnten. — Es liegt keine hinreichende Veranlassung vor, auf die rein geschäftliche Eröffnungsrede des Reichstags irgend etwas zu erwidern; da könnten wir besser das in dem einen Adreßentwurfe so sehr hervorgehobene „beredte Schweigen" nachahmen. Der einzige Kern, der in der Adresse liegt, der Ausspruch des Entschlusses der Nation, ihr Recht auf Wiedervereinigung zur thatsächlichen Geltung zu bringen, ist weit kräftiger, beredter, reeller und fruchtbarer niedergelegt in dem Bundesheere und dieser Zweck wird besser erreicht werden durch möglichst einstimmige Bewilligung des Etats, als durch diese wortenreiche Adresse. Die Annahme einer solchen Adresse bringt aber den Nachtheil, daß das Vertrauen der Geschäftswelt durch eine solche Provokation nicht gestärkt, sondern Handel und Verkehr dadurch gelähmt werden, mindestens ist jetzt eine solche Adresse durchaus nicht zeitgemäß. — Außer diesen allgemeinen Gesichtspunkten bewegen mich auch noch einige spezielle Stellen, gegen dieselbe zu stimmen. Im Alinea 1 soll „die Befriedigung der Nation ausgesprochen werden über die bisher errungenen Erfolge einer wahrhaft deutschen Politik." Dieses Zeugniß kann ich nicht ausstellen; denn es wäre meiner Meinung nach nicht wahrheitsgemäß, und die Nation fühlt in der That keine wirkliche Befriedigung, sondern ist vielmehr unzufrieden über den unfertigen Zustand, der durch die Bundesverfassung hergestellt wird, in der früher erworbene Rechte Preis gegeben werden; die Nation ist unzufrieden über die großen Lasten und Kosten der errungenen Erfolge, die bisher eigentlich der einzige errungene Erfolg der deutschen Politik sind (Unruhe rechts): das Volk ist nicht zufrieden mit den Mitteln und Wegen, auf dem die Erfolge errungen sind; es mißbilligt sie ebenso, wie die Geschichte später diese Mittel und Wege verurtheilen wird (Unruhe rechts). — Auch mit dem letzten Satze bin ich nicht einverstanden, wo von der Pflege der „geistigen und sittlichen Güter" durch den Reichstag die Rede ist. Mit diesen Gütern hat der Reichstag und das Bundespräsidium gar nichts zu thun (Oho! Rechts). Ja, meine Herren, Dank der von Ihnen angenommenen Bundesverfassung; Sie haben hier nur mit materiellen Gütern zu thun, mit den Grundrechten des Magens, wie uns damals fast höhnisch zugerufen wurde. In der Bundesverfassung steht wohl etwas von Getreide, von Holz, von Kartoffeln, von Düngungsmittel, von der Bekleidung der Armee, von den Grundfarben der Röcke (Ruf links: Sehr gut!), nichts aber von der Pflege der geistigen und sittlichen Güter. — Aus allen diesen Gründen rathe ich, den Adreßentwurf abzulehnen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte ist vom Grafen Lehndorf eingegangen. Auf der Rednerliste sind noch verzeichnet 9 Redner für, 25 gegen die Adresse. — Der Antrag auf Schluß wird angenommen.

Korreferent Graf Stolberg-Wernigerode: Einen Gedanken möchte ich nur noch hervorheben, weshalb ich einen ganz besonderen Werth darauf lege, daß die Adresse angenommen werde, nämlich weil bei den Verhandlungen über dieselbe die alten Parteistellungen vergessen worden sind, weil die Herren von der nationalen Partei uns dabei die Hand gereicht haben, so daß wir hoffentlich nicht wieder auseinander kommen werden; damit das engere und weitere deutsche Vaterland erkenne, daß eine große Majorität im Hause feststeht und einmüthig zusammengeht. Wir wissen Alle, daß die Bundesregierungen Alles machen werden, was gemacht werden kann. Deutschland soll aber auch wissen, daß hier im Reichstage eine Majorität besteht, die den Bundesregierungen bei ihrem schweren Amte zur Seite steht. Nehmen Sie die Adresse an und die Unterschriften werden zeigen, daß wir das Ja und Amen darauf gedrückt haben.

Hiermit ist die Generaldebatte geschlossen; ein Antrag des Abg. Reichensperger, über die motivirte T.-O. schon jetzt abzustimmen, wird abgelehnt und die Spezialdebatte eröffnet.

Bei Art. 1. empfiehlt Abg. Reichensperger sein Amendement und bekämpft den betr. Passus des Adreßentwurfs als unrichtig, überflüssig und schädlich. Es sei hinreichend, wenn man für die „Konstituirung" des Bundes seine Anerkennung ausspreche; man möge durch die Erwähnung der Ereignisse von 1866 nicht wieder alte Wunden auffrischen.

Abg. Kantak: Im ersten Passus ist der Dank und die Befriedigung der Nation über die errungenen Erfolge einer wahrhaft deutschen Politik ausgesprochen. Ich und meine Landsleute sind nicht in der Lage, den Dank der deutschen Nation für eine wahre deutsche Politik darzulegen. Schon im konstituirenden Reichstage haben wir Protest dagegen erhoben, daß wir Polen in den Norddeutschen Bund mit einverleibt würden; es ist dies aber trotzdem gegen unsern Wunsch und Willen und unter Verletzuug der uns garantirten Rechte geschehen. Die Einverleibung ist thatsächlich vollführt; wir haben damals unser Mandat niedergelegt; durch unsere Wiederwahl haben unsere Wähler ihre Uebereinstimmung mit unserm Verhalten ausgesprochen, und wir stehen heute noch auf demselben Boden wie im konstituirenden Reichstage. Als Abgeordnete der polnischen Bevölkerung legen wir Protest ein gegen den Norddeutschen Bund, nicht gegen ihn als staatliche Bildung, sondern als nationale Einheit. Und wenn wir trotzdem hier wieder Platz genommen haben, so geschah es nur, um kein Mittel unversucht zu lassen, um auf gesetzlichem Wege das Recht, den Wunsch und Willen der polnischen Bevölkerung zur Geltung zu bringen und ihre Interessen zu wahren. Sie, meine Herren, haben sich freiwillig vereinigt zum Norddeutschen Bunde, und können deshalb wohl Ihren Dank und Ihre Befriedigung aussprechen. Die Bundesverfassung ist zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes begründet, nicht aber zur Pflege unserer Wohlfahrt, wir haben deshalb keine Veranlassung, unseren Dank auszusprechen. Sie haben das Recht, in der Adresse Ihre nationalen Wünsche und Gefühle auszusprechen, wir als Polen sind weder gewillt noch befugt dazu und werden deshalb gegen den ersten Passus, so wie gegen alle übrigen Passus und gegen die ganze Adresse stimmen.

Abg. Bebel (gegen Alinea 1): Nachdem beschlossen worden ist, eine Adresse anzunehmen, hätte ich auch erwartet, daß man sich darin an die wahren Thatsachen gehalten hätte, und da würde man gefunden haben, daß die deutsche Politik, die man hier so sehr anhebt, keine so rühmens- und lobenswerthe ist. Ich muß mich überhaupt dagegen verwahren, daß der Reichstag im Namen der Nation sprechen will. (Unruhe rechs. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Simson (den Redner unterbrechend): Und ich muß den Reichstag verwahren gegen den Ausspruch des Herrn Redners; es giebt kein anderes Organ der Nation, das die Nation in dem Maße zu vertreten berechtigt wäre, wie der Reichstag.

Abg. Bebel: Wenn der Herr Präsident meine Motivirung erst angehört hätte, würde er gesehen haben, daß ich im Rechte bin, da ich die Interpretation eines Herrn Vorredners zurücknehmen wollte, der den Norddeutschen Reichstag als Organ der gesammten deutschen Nation hinstellen wollte.

Präsident Simson: Ich habe den Redner so verstanden, als ob er dem Reichstage die Vertretung des Norddeutschen Bundes absprechen wollte. (Ruf lins: Nein! nein!) Um so besser.

Abg. Bebel (fortfahrend): Der Norddeutsche Reichstag vertritt nur einen Theil der Nation. Wenn man in der Adresse so sehr die Vortheile und Erfolge des Norddeutschen Bundes hervorhebt, hätte man auch der Nachtheile und Verluste mit ein paar Worten gedenken sollen. Und da wäre zunächst zu beklagen gewesen der Verlust von Luxemburg für Deutschland. Der zweite Verlust steht noch in Aussicht, der Verlust der Grenzmarken von Deutschland, der nordschleswigschen Distrikte. — Ich kann mich deshalb mit der Adresse, die in so wahrheitswidriger Weise Alles verherrlicht, nicht einverstanden erklären.

Bundeskanzler Gr. Bismarck: Ich nehme nur das Wort, um einem weit verbreiteten und auch vom Vorredner angeregten Irrthum entgegenzutreten, als ob Luxemburg losgerissen wäre von Deutschland seit Begründung der Norddeutschen Verfassung. Das ist nicht richtig. Luxemburg befindet sich noch ganz in derselben Situation wie vorher; es hat noch dieselbe Verfassung, dieselbe Dynastie wie früher. Nur das Garnisonrecht, das der König von Preußen in Luxemburg hatte, ist jetzt aufgegeben. Es ist aber nicht wahr, daß Luxemburg von Deutschland losgerissen sei oder eine gelockertere Stellung jetzt einnehme, als nach Zerfall des deutschen Bundes. Wenn der Herr Vorredner nun das Verlangen ausgesprochen hat, daß wir wegen der Luxemburger Frage einen Krieg hätten anfangen sollen, so steht er mit seiner Ansicht ziemlich isolirt da, und befindet sich durchaus im Widerspruch mit einem anderen Vorredner, der die Adresse deshalb bekämpft hat, weil sie die Sicherheit des Friedens beeinträchtigen könnte. Er wünscht einen Krieg geführt für einen geringeren Gegenstand als der ist, welcher durch die Adresse gewahrt werden soll. Er wollte die Nation in einen Krieg gestürzt sehen um eines Garnisonrechts willen, das wir nicht einmal als zweifelloses Recht ansehen konnten; ein Recht, das erloschen war mit Auflösung des Bundes und das gegen den Willen des Souveräns nicht fortgeführt werden konnte. Wenn wir es deshalb vermieden, die Frage bis auf das Aeußerste zu treiben, so verdient der König von Preußen noch den Dank der deutschen Nation, daß er der naheliegenden Versuchung, sein siegreiches Heer zu neuen Triumphen aufzurufen, widerstanden hat. Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere selbst in den Krieg zu führen und zu leiten. Sie kennen die Gefahren und Leiden des Krieges und sehen in das brechende Auge des sterbenden Kriegers; das würden sie aber nicht mit ruhigem Gewissen thun können, wenn sie sagen müßten, daß der Krieg mit Ehren zu vermeiden gewesen wäre. Diese väterlich monarchische Regung war es denn auch, welche den König von Preußen bewog, der Luxemburger Frage wegen, wodurch nicht unsere Unabhängigkeit bedroht und kein zweifelloses Recht aufgegeben wurde, nicht Tausende von Menschen auf dem Schlachtfelde zu opfern; diese Verantwortung, welche vielleicht der Herr Redner und seine Gesinnungsgenossen tragen zu können meinen, glaubte er nicht übernehmen zu können. Dazu kommt, daß ein vollständiger Ersatz für den Verlust durch die Neutralisirung des Gebiets und die hierfür gegebene Garantie gewährt worden ist, was den Werth der Festung durchaus ersetzt.

Abg. Försterling (gegen Al. I) entwickelt in längerer Ausführung, die mehre Citate aus den Schriften Lassalle's enthält, den Standpunkt der Lassalleaner, deren einziger Vertreter er sei. Er wünscht die gänzliche Beseitigung jeder Konföderation: die Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer Staatseinheit. Durch Einheit zur Freiheit müsse man gelangen. Redner wird in seinen Ausführungen durch große Unruhe des Hauses, mehrfache Rufe: zur Sache! und wiederholte Ermahnung des Präsidenten, sich an Al. I zu halten, unterbrochen. Redner führt sodann aus, daß eine solche Einigung Deutschlands nicht nur aus politischen Rücksichten, sondern auch zur Besserung der sozialen Lage der Arbeiter erforderlich sei.

Gegen Al. II spricht Abg. Schreck, ist aber bei der zunehmenden Unruhe des Hauses nicht verständlich.

Gegen Al. III. spricht Abg. Mammen: Es ist nicht zweckmäßig, bloß durch Phrasen eine Vereinigung mit Süddeutschlend anzustreben. Man möge lieber etwas thun und nachholen, was man im Frühjahr versäumt, indem man die Verfassung in freiheitlicher Richtung ausbaue. Die Grundrechte möge man in die Verfassung einfügen; dann werde man die Sympathieen der Süddeutschen wiedergewinnen, die man durch frühere Beschlüsse von sich gestoßen, das sei ein besseres Mittel der Einigung, als eine solche Adresse.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich habe bei der allgemeinen Diskussion nicht das Wort ergriffen, weil es für den Vertreter der Regierung eine delikate Sache ist, sich über eine Adresse auszusprechen, die die ungetrübte öffentliche Meinung der Regierung vorführen soll. Ich will aber hier nur mit ein Paar Worten die Stellung der Regierung hierzu kennzeichnen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Wir sehen in der Adresse die Zusicherung, welche der Reichstag dem Süden, dem Auslande und den Bundesregierungen gegenüber abgiebt, daß die Regierungen in der Weiterverfolgung ihrer deutschen Politik auf ihn rechnen können. Aber wir fassen die Adresse nicht so auf, als ob der Reichstag die Regierungen zu rascherer Aktion drängen wolle, als die Sache es erfordert, als ob dadurch ihr Handeln mehr beschleunigt werden solle, als sorgfältige Erwägungen es gebieten. Wir unsererseits glauben, daß jeder derartige Druck nicht nöthig sei und wir würden uns dadurch vom Standpunkt der ruhigen Erwägungen nicht abbringen lassen. Aber wir sind auch überzeugt, daß, wenn die deutsche Nation, Süden und Norden, die Einheit wollen, keine deutsche Regierung, kein deutscher Staatsmann stark genug, kein deutscher Staatsmann muthig, oder ich möchte vielmehr sagen, kleinmüthig genug sein wird, um dies hindern zu wollen. (Beifall.) Die Adresse wird nicht wollen, daß wir unsere reservirte Stellung gegen den Süden verlassen; ein solcher Druck würde auch eher das Gegentheil dieser Absicht erreichen.

Abg. Frh. v. Rabenau betont die Nothwendigkeit eines baldigen Anschlusses der süddeutschen Staaten und beklagt, daß der in der zweiten hessischen Kammer den Anschluß Hessens betreffende Antrag von der ersten abgelehnt sei in Folge der Erklärung des großherzoglichen Ministers v. Dalwigk, daß Hessens Anschluß aus Rücksicht für Preußen, dem dadurch Verlegenheiten bereitet würden, noch unterbleiben müsse. Die Vereinigung des Südens mit dem Norden sei aber nothwendig; möge sie bald geschehen, wenn auch der Main uns zum Rubikon werden sollte.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Die eben citirte Aeußerung des großherzoglich-hessischen Staatsministers ist mir damals entgangen, sonst würde ich auf diplomatischem Wege diese irrige Ansicht berichtigt haben. Ich kann versichern, daß die königl. Regierung der großherzoglichen zu dieser Aeußerung mit keinem Worte Veranlassung gegeben hat. Wäre der gewünschte Schritt damals erfolgt, so wären dadurch nicht für Preußen Verlegenheiten entstanden, sondern höchstens für die übrigen süddeutschen Regierungen, deren Stellung durch diesen Vorgang erschwert worden wäre. Der Herr Abg. Aegidi hat dies vorher mit Geschick und Sachkenntniß ausgeführt. Ich erkläre nochmals, daß ich die Aeußerung des großherzoglichen Ministers in der ersten hessischen Kammer als begründet und zutreffend nicht ansehen kann.

Abg. Dr. Braun bemerkt in Betreff der Grundrechte, daß ihre Einführung nirgends in der Welt so fanatischen Widerstand gefunden habe, wie gerade in Bayern. (Heiterkeit.)

Zu Alinea V. des Adreßentwurfs verlangt Niemand das Wort. Zu Alinea VI. fühlt Abg. Hähnel (Kiel) sich verpflichtet, die Frage Nordschleswigs hineinzuziehen, die nicht als Bagatelle übergangen werden darf, sondern als uralte Frage mit der Größe der Nation verbunden ist. Von der Abtretung war erst nach dem Wiener Frieden plötzlich die Rede als einem Preise für die Annexion gleichzeitig mit der Mission des Fürsten Hohenlohe. Die Majorität dieses Reichstages als eine preußische hat die Verpflichtung zu beweisen, daß sie den Verlust Nordschleswigs um jeden Preis vermeiden will. Welchen Rechtstitel haben Sie, polnische Landestheile beim Bunde zu behalten? Redner erinnert an die Versprechungen eines hohen Generals und an den Spruch: „was für Preußen gewonnen ist, ist für Deutschland gewonnen."

Bundeskanzler Graf Bismarck: Von einer Mission des Prinzen Hohenlohe ist mir, obwohl ich in jener Zeit ununterbrochen an der Spitze der Geschäfte gestanden, nichts bekannt. Ein Prinz Hohenlohe war bei der früheren gemeinschaftlichen Regierung des Herzogthums Schleswig zur Assistenz des dortigen Präsidiums beschäftigt, eine Mission hat er nie gehabt. Das ist eine Fiktion. Prinzipiell stehe ich nicht auf dem Boden des Vorredners. Ich halte eine Herrschaft Deutscher über widerstrebende Nationen, ich will nicht sagen, eine Herrschaft, aber ein Zusammenleben Deutscher in demselben Gemeinwesen mit solchen Nationen, die darnach streben, sich von diesem Gemeinwesen abzulösen, nicht für nützlich; mitunter aber ist es nothwendig. In Polen ist es nothwendig, wie ein Blick auf die Karte zeigt, und bei der Kenntniß der Geschichte, die ich bei dem Herrn Vorredner voraussetzen darf, wird die heutige Karte für ihn durchsichtig sein und die Grenzen der alten Republik Polen wohl durchscheinen lassen. Die Schwierigkeit liegt für uns nicht in der Cession von Dänen, die dänisch sein wollen, an Dänemark, daß wir ablehnen wollen Danemark zu geben was dänisch ist, sondern in der Mischung der Bevölkerung, daß wir Dänen nicht an Dänemark zurückgeben können, ohne Deutsche mit zurückzugeben. Wohnten sämmtliche Dänen auf einem Fleck an der Grenze und sämmtliche Deutsche diesseits, so würde ich es für eine thörichte Politik halten, diese Sache nicht mit einem Strich zu lösen und den Distrikt an Dänemark zurückzugeben. Ich halte es für eine einfache Folge derselben Politik, die wir in Deutschland befolgen. Sie gegen die Polen zu befolgen, ist unmöglich nach der geschichtlichen Entwickelung unseres Staates. Auf den mit Pathos erhobenen Vorwurf gegen Preußen antworte ich, daß die Schleswig Holsteiner durch ihre dynastischen Intriguen selbst schuldig sind; sie waren nicht vor allem Deutsche, sondern ihr Patriotismus war ihnen wichtiger. Dafür abzurechnen wird sich eine andere Gelegenheit finden (Beifall).

Zu Alinea VII. erhält der Abg. Lasker das Wort, um die Verfassung gegen den Vorwurf zu schützen, als sorge sie nur um die materielle Frage des Magens. Die Sorge für ein gemeinsames Straf- und Civilrecht, für Schutz gegen Justizverweigerung, für Erweiterung des Budgetrechtes sind ideelle Aufgaben, die ganze Verfassung ist voll von ihnen, die Adresse faßt sie zusammen unter dem Ausdruck geistige und sittliche Güter. Selbst die Freizügigkeit ist nicht blos eine Frage für Handel und Verkehr. Verdient die Verfassung die Herabsetzung, die ihr von meinem Vorredner (Schaffrath) zu Theil geworden? Helfe man uns vielmehr die Verfassung in diesem Sinn zu entwickeln!

Abg. Mammen. Das Ausgabebudget des Etats des Norddeutschen Bundes beträgt 72 Millionen, davon sind 66½ Millionen der Kontrolle des Reichstages entzogen. Sie können jetzt Ihre weise Sparsamkeit üben an 5½ Millionen (Unruhe).

Die Spezialdebatte ist geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Günther (Sachsen): Der Abg. Braun hat aus meinen Ausführungen vorhin gefolgert, daß ich das lebhafte Verlangen nach Blut und Schlachten hege. Ich beneide den Herrn Abgeordneten nicht um die Logik, vermittelst deren er zu diesem Schlusse gekommen, sehe mich aber dennoch genöthigt, mich zu verwahren gegen diese Verdächtigung meiner friedfertigen Absichten. (Heiterkeit.)

Abg. Braun (Wiesbaden): Der Herr Abgeordnete möge sich die Mühe geben, in dem stenographischen Berichte nachzulesen. Ich habe ihm nicht nachgesagt, daß er nach Blut lechzt (große Heiterkeit).

Abg. Dr. Schaffrath: Ich konstatire nur, daß der Abg. Lasker mehrere Aeußerungen, welche ich als von Andern gefallen citirt habe, mir selber in den Mund gelegt hat.

Man kommt zur Abstimmung. Der Antrag auf motivirte Tagesordnung wird abgelehnt (dafür nur die Unterzeichner). Ebenfalls abgelehnt wird das Amendement Reichensperger. Die Adresse selbst wird sodann in namentlicher Abstimmung mit 157 gegen 58 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Abgg. Ausfeld, Bebel, Dr. Becker (Dortmund), Becker (Oldenburg), Blum (Köln), Dr. Böckel, v. Buchowski, v. Chlapowski (Kosten), Cornely, v. Czarlinski, Duncker, Försterling, Dr. Francke, Dr. Fühling, Gebert, v. Graeve, Günther (Sachsen), Hänel, v. Hammerstein, Harkort, Heubner, v. Hilgers, v. Jackowski, Jensen, Jordan, Kantak, v. Kirchmann, Knapp, Kraus, v. Kwilecki, v. Loë, Dr. Löwe, Liebknecht, Mammen, v. Münchhausen, Oehmichen, v. Radkiewicz, Rang, Reeder, Reichensperger, Dr. Reincke, Richter, Riedel, Rohland, Runge, Russel, Sachße, Dr. Schaffrath, Dr. Schleiden, Schreck, Schulze, Dr. Schwarze, Dr. v. Schweitzer, Dr. Waldeck, Dr. Wigard, Dr. Wiggers (Berlin), v. Zehmen, Ziegler.

Der Präsident erklärt, daß er die Entschließung Sr. Majestät über Zeit und Ort des Empfanges der Deputation zur Ueberreichung der Adresse einholen und demnächst dem Reichstage davon Kenntniß geben werde.

Der Präsident ernennt zu Referenten über den Lasker'schen Gesetz-Entwurf die Abgg. v. Saltzwedell und Dr. Braun (Wiesbaden).

Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen. In der Sitzung am Freitag wird die Vorberathung über den Etat beginnen.

Parlamentarische Nachrichten.

Das Schreiben des Präsidenten Delbrück an das Präsidium des Hauses lautet: Berlin, den 20. September 1867. Ew. — beeile ich mich, auf das geehrte Schreiben vom heutigen Tage ganz ergebenst zu erwidern, daß ich mit Vergnügen bereit sein werde, auf die mir durch Ihre Vermittelung zugehenden, die vorstehende Etatsberathung betreffenden Anfragen Auskunft zu ertheilen. Diese Anfragen werden ergeben, ob und welche Uebersichten und Nachweisungen zur Begründung und Erläuterung einzelner Etatssätze, außer den unter den Anlagen des Etats bereits enthaltenen, gewünscht werden; für den Augenblick wüßte ich solche Schriftstücke nicht zu bezeichnen. Ueber die Vertretung des Etats, namentlich über die etwanige Ernennung von Kommissarien (Art. 16 der Verfassung) hat der Bundesrath einen Beschluß noch nicht gefaßt. Ich muß mir daher die Beantwortung der hierauf bezüglichen gefälligen Anfrage ganz ergebenst vorbehalten. Schon heute kann ich jedoch bemerken, daß über die Etats des Bundeskanzler-Amts, des Bundesrathes, des Reichstages und der Bundes-Konsulate der Präsident des Bundeskanzler-Amts, über den Etat der Militär-Verwaltung der königl. preußische Generalmajor v. Podbielski, über den Etat der Marine-Verwaltung der königl. preußische Contre-Admiral Jachmann, über den Etat der Zölle und Verbrauchssteuern der königl. preußische Wirkliche Geheime Rath v. Pommer-Esche und der königl. sächsische Geheime Finanzrath v. Thümmel, über die Etats der Post- und Zeitungs-Verwaltung und der Telegraphen-Verwaltung der königl. preußische General-Postdirektor v. Philipsborn, endlich über den Etat der Matrikular-Beiträge der königl. preußische Ministerial-Direktor Günther mündliche Auskunft zu ertheilen bereit sein werden. Im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers: (gez.) Delbrück.

Die Petitionskommission hat sich heute folgendermaßen konstituirt: Abg. Becker (Oldenburg) Vorsitzender, Fürst Solms (Stellv.), v. Seydewitz (Schriftführer), Richter (Stellvertreter), Runge, v. Davier, Harnier, v. Sänger, Endemann, v. Schaper, v. Brenken, Ausfeld, Devens, Meyer (Thorn), v. Hagemeister, Evelt, Prosch, Schleiden, v. Below, v. Hagke, v Kranach, Heubner, v. Ehrenfeld, Blum (Sachsen), Becker (Dortmund), Graf Bassewitz, Wiggers (Rostock).

Posen, den 19. September.

— Die vor einigen Wochen in Angriff genommene Zuschüttung des Sapiehateiches, zu welcher der Abstich der St. Martinsstraße gegenwärtig hinreichendes Material bietet, muß, nachdem ungefähr der dritte Theil des Teiches zugeschüttet ist, nunmehr leider eingestellt werden, weil mit der Ausführung eines gewölbten Kanals, welcher die Bogdanka unter dem zu vergrößernden Sapiehaplatze hindurchführen soll, erst mit dem 1. April k. J. begonnen werden kann; es laufen nämlich erst mit diesem Tage die Pachtkontrakte mit dem Pächter der Malzmühle, Betreffs der Benutzung des Wassers für seine Mühle, so wie mit den Fischern, Betreffs der in dem Teiche angelegten Fischbehälter, ab.

Dringend zu wünschen wäre aber, daß schon jetzt alle Vorarbeiten, Anschläge, Kontrakte u. s. w. so gefördert würden, daß auch pünktlich mit dem 1. April k. J. die Kanalisirung und Ueberwölbung in die Hand genommen werden kann, und nicht wieder die besten Sommermonate über Berathungen verfließen, wie es in diesem Jahre mit der Pflasterung der St. Martinsstraße der Fall war, die voraussichtlich, wenn auch in Bezug auf den Fahrdamm, doch schwerlich bezüglich der zu regulirenden Bürgersteige und Einfahrten vor Anbruch des Winters fertig werden wird.

Ebenso wünschenswerth aber ist es, daß bei den Vorarbeiten zur Ueberwölbung der Bogdanka man sich nicht speciell auf das Stück zwischen dem Haupt-Steueramte und der Malzmühle beschränke, sondern die Regulirung der ganzen Bogdanka ins Auge fassen möge, wenn deren vollständige Durchführung, der nicht unbedeutenden Kosten wegen, auch nicht in einem Jahre zu ermöglichen ist.

Wir kommen namentlich auf die kaum mehr aufschebbare Ueberwölbung desjenigen Theils der Bogdanka zurück, welche sich längs des Magazinplatzes (gewöhnlich Freischlacht genannt) bis zur kleinen Gerberstraße hinzieht. Dieser an Wochenmärkten als Fleisch- und Obstmarkt, sonst aber auch zur Aufstellung von Karoussels, Menagerie- und sonstigen Buden benutzte Platz würde durch Ueberwölbung der ihn begrenzenden Bogdanka bedeutend an Ausdehnung gewinnen, was für den jetzt sehr beschränkten und beengten Verkehr von großer Wichtigkeit wäre. Die schmale und krumme, die nähere Verbindung der kleinen Gerber- mit der Wronkerstraße herstellende Gasse — früher namenlos, in neuerer Zeit officiell „krumme Gasse" getauft, — würde dadurch zum Theil beseitigt; was wichtiger aber noch, namentlich aus Sanitätsrücksichten, es würde durch den Fortfall des offenen Grabens den Anwohnern die Gelegenheit genommen, den gegenwärtigen Grabenabhang zur Ausschüttung von Gemülle und Unrath zu benutzen.

Für Beseitigung solcher, die Gesundheit schädigenden Uebelstände ist bei uns noch ein so großes Feld, und doch geschieht auf ihm so wenig. So ist kaum die Furcht vor der Cholera einigermaßen geschwunden, und schon ist die vor kaum 14 Tagen mittelst großen Programms publicirte Rinnsteinreinigung durch die städtische Wasserleitung wieder eingestellt, und zwar, wie man hört, trotz des allseitig anerkannten Bedürfnisses, der Kosten wegen, welche diese mit allgemeiner Befriedigung aufgenommene Anwendung dem Stadtsäckel macht. Möchte man doch gerade in Bezug auf die der Gesundheit förderlichen Anordnungen nicht gar zu haushälterisch sein. Uebrigens wäre es hinreichend, die Rinnsteine täglich einmal auszuspülen; es würden dazu vier Mann für die ganze Stadt ausreichen, die Kosten also nicht erheblich sein.

Auf die Bogdanka zurückzukommen, so ist gerade sie es, welche vor ihrem Eintritt in die Stadt bei dem Königsthor bis zu ihrer Einmündung in die Warthe hinter der Rabbowschen Mühle, die Stadt im Sommer mit ihren Ausdünstungen verpestet, und zwar größtentheils aus dem Grunde, weil die gänzliche Beseitigung der in dieselbe einmündenden Kloakgruben noch immer nicht durchgeführt ist. Die beschlossene Kanalisirung der Bogdanka unter dem Sapiehaplatz durch dürfte die passendste Gelegenheit sein zur vollständigen Regulirung

Beilage.)

des ganzen Wasserbettes durch die Stadt, und zur Beseitigung aller der Kloaken u. s. w., welche auch jetzt noch ihren Unrath der Bogdanka zuführen, schlimmstenfalls im Wege des Zwanges und der Exekution.

— Das Haupt-Bank-Direktorium hat sämmtliche ihm untergebene Bank-Anstalten, Kommanditen u. s. w. strengstens angewiesen, keine Banknote in Zahlung zu nehmen oder umzutauschen, wenn die Seriezahlen, wie überhaupt die auf der Note befindlichen Ziffern, ferner die Littera und der Name des ausfertigenden Beamten nicht vollkommen sicht- und lesbar sind. Es ist daher Vorsicht bei Annahme der Banknoten erforderlich.

— In Betreff der zukünftigen Standquartiere der im Laufe des nächsten Monats aus dem Königreich Sachsen zurückkehrenden letzten nach dort abkommandirt gewesenen preußischen Truppen verlautet, daß eine Zurückdirigirung des 48. Infanterie-Regiments nach den früheren Garnisonen Küstrin, Soldin u. s. w. beabsichtigt wird, dagegen das 6. Brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 52. nicht nach Posen und Schrimm zurückkehrt, sondern im Korpsbereich (III. Armeekorps) untergebracht werden soll. Für ein Bataillon des gedachten Truppentheils wird Lübben als zukünftige Garnison bezeichnet

△ Birnbaum, 22. September. [Kreistag; Pariser Ausstellung.] Am letzten, in voriger Woche abgehaltenen Kreistage, dem auch die Herren Regierungsrath Schück und Forst-Inspektor v. Alvensleben beiwohnten, ist außer einigen andern Gegenständen besonders in der vielbesprochenen Chausseebauangelegenheit von hier nach Driesen Beschluß gefaßt worden, der dem reisenden Publikum, so wie überhaupt dem Verkehr zwischen hier u. der Mark Brandenburg vorläufig wenigstens alle Hoffnungen vereitelt hat. Der Anfang des Baues wird bis zum Jahre 1874 ausgesetzt und zwar unter folgenden Bedingungen.

a) Die Chaussee beginnt erst von der letzten Warthebrücke bei Mitteninne und geht in der Richtung der Poststraße bei Eulenberg vorbei bis zur Kreisgrenze. Die Strecke von Birnbaum bis Mitteninne muß von der Stadt und dem Fiskus nach wie vor gegen Zollerhebung hergestellt werden.
b) Der Staat muß dem Kreise eine Prämie von 10,000 Thlrn. pro Meile gewähren.
c) Die Chaussee muß nach ihrer Vollendung von der Provinz zur Unterhaltung übernommen werden.
d) Der Kreis muß das Expropriationsrecht für erforderliche Grundstücke, so wie das Recht zur Entnahme von Unterhaltungsmaterialien wie beim Bau einer Staats-Chaussee erhalten.
e) Sollten (excl. Birnbaum-Mitteninne) sich Straßen befinden, auf denen bisher Pflaster- oder Brückenzoll erhoben worden ist, und falls diese Erhebung auf Grund des Gesetzes vom 16. Juli 1838 aufgehoben wird, so übernimmt der Kreis die Unterhaltung der betreffenden Strecken.
f) Die Stände unterwerfen sich der ministeriellen Genehmigung des Baudispositionsplanes.
g) Alle vorstehenden Beschlüsse werden unter der Voraussetzung gefaßt, daß der Kreis Friedeberg von der Kreisgrenze ab in der Richtung zwischen Eulenberg und Eschbruch, östlich vom Lubowo-See den Bau aufnimmt und bis zur Netzbrücke bei Driesen fortführt, oder die Fortführung dem Kreise Birnbaum gegen Erstattung der Kosten und Zinsen und Ueberlassung der spätern Unterhaltung überträgt.

Vom Jahre 1874 ab sollen dann jährlich 10,000 Thlr. vom Kreise aufgebracht und davon gleichzeitig die Befestigung der Straßen von Zirke nach Bärenbruch und Waitze-Bärenbruch zum Anschluß an die Chaussee bewirkt werden. — Sollte der Kreis Friedeberg vor dem Jahre 1874 bauen wollen, so verpflichtet sich der Kreis Birnbaum dies gleichzeitig zu thun und zur Anschaffung der Mittel eine Anleihe aufzunehmen. In Betreff des Baues der Straßen von Zirke und Waitze nach Bärenbruch werden noch die Bedingungen gestellt, daß der Kreis Friedeberg auf beiden Linien die Fortsetzung des Baues in seinen Grenzen übernimmt, daß Forstfiskus und die angrenzenden Adjacenten sich mit angemessenen Beiträgen, so wie zur Leistung der Hand- und Spanndienste verpflichten, und endlich aus dem fiskalischen Wegebaufond pro Meile 1500 Thlr. gewährt werden. Zur Wegebefestigung auf dem rechten Wartheufer zwischen Birnbaum und Schwerin wurde beschlossen, 6000 Thlr. zu bewilligen, wenn der Wegebaufiskus 700 Thlr. pro Meile Zuschuß bewillige.

Zur Herstellung eines wasserfreien Weges und Ueberganges über die Warthe vom Dominium Neuhus durch die Marienwalder bis Alt-Lausker Niederung nach Hermsdorf bewilligten die Stände 1500 bis 1600 Thlr. unter der Bedingung, daß die Adjacenten die nöthigen Hand- und Spanndienste dabei leisten. Oberst von Enkevort wird das Land zu diesem Wege auf dem rechten Wartheufer hergeben, den Prahm beschaffen und für dessen Unterhaltung sorgen, ebenso die Faschinen 2c. zur Befestigung der Landungsstelle unentgeltlich bewilligen.

Das Komité für Ausstattung unbemittelter preußischer Gewerbetreibenden zum Besuche der Ausstellung in Paris hat auch einem unserer Mitbürger, dem Tischlermeister H. Sturzel, einem äußerst befähigten und strebsamen Handwerker, ein Stipendium von 40 Thlr., sowie ein Fahrbillet III. Klasse von Berlin nach Paris und zurück bewilligt, und ihn zur nähern Instruktion und Empfangnahme 2c. zum 16. d. M. nach Berlin beschieden. St. ist natürlich sofort abgereist.

Ƶ Krotoschin, 23. September. [Obskures.] Wundern Sie sich nicht über den seltsamen Titel meiner heutigen Korrespondenz. Ich weiß aber in der That keinen passenderen Namen für eine Geschichte, welche das komische Gegenbild zu den Schildbürgern liefert, die bekanntlich das Sonnenlicht im Sacke fingen, um damit ihr fensterloses Rathhaus zu erhellen. Man hat nämlich hier an maßgebender Stelle beschlossen, bis zur Eröffnung der hiesigen Gasanstalt unsere Straßenbeleuchtung einstweilen zu sistiren. Anfangs glaubten wir, man beabsichtige dabei einen theatralischen Effekt, ähnlich dem, „es werde Licht“ in Haydn's Schöpfung; allein, wie wir hören, sind lediglich höchst prosaische finanzielle Rüsichten bestimmend gewesen. Man hofft nämlich, die durch Einführung der Gasbeleuchtung überflüssig werdenden Oellampen zur Zeit höher verwerthen zu können als später. Inzwischen sollen nun die Inhaber von Restaurationen angehalten werden, vor ihrer Hausthür ein Lämplein zu brennen. Da unser Markt mit dergleichen Rettungshäusern überreich gesegnet ist, so dürfte hier freilich diese Illumination allenfalls für verspätete Wanderer ausreichen, schlimmer ist es dagegen in den minder bevorzugten Stadttheilen, in welchen auf Wochen, möglicher Weise auf Monate ägyptische Finsterniß herrschen wird. Wer, wie Einsender dieses, an Kurzsichtigkeit laborirt, oder etwa auf seinem Gangwerk schwach ist, wird in der Zwischenzeit während der Abendstunden zu einer unfreiwilligen Haft verurtheilt, die er sich freilich auch ohne polizeiliche Genehmigung so angenehm als möglich verkürzen wird; wen aber sein Beruf auch während der Dunkelstunde auszugehen zwingt, der riskirt seine Gliedmaßen oder wenigstens die unsanfte Berührung mit Wagendeichseln, Drainröhren, Mauersteinen, Telegraphenstangen u. s. w. Dulce est pro patria mori lautete der stolze Trost des Römers, uns tröste der Gedanke: lieber ein Bierkrug mehr, als ein Groschen weniger im Stadtsäckel, denn der Bader will auch leben!

Ob die im hiesigen Stadtbezirk liegenden fürstlich Thurn und Taxisschen Grundstücke gleichfalls Gaslicht erhalten werden, ist noch fraglich, und zwar um so mehr, als auch in Regensburg, welches bereits seit zwanzig Jahren Gasbeleuchtung hat, den Platz vor dem Palais Sr. Durchlaucht nach wie vor nur anderwärts längst beseitigte Oellaternen dürftig erleuchten sollen. An den Magistrat soll jedoch Seitens der fürstlichen Kammerverwaltung eine Anfrage ergangen sein, betreffend die etwaigen Vergünstigungen, welche die Kommune für den Fall in Aussicht stellt, daß sich die Rentkammer an der Einrichtung betheiligt. Die Bedingungen für die Theilnahme der Privaten sind jedoch bekannt; daß Sr. Durchlaucht, obwohl Grundherr dieser Stadt, noch besondere Vergünstigungen beanspruchen wird, scheint uns kaum glaublich, zumal derselbe bekanntlich nicht ganz mittellos ist, somit eine Unterstützung Seitens der Kämmereikasse wohl entbehren kann.

§ Mieszkow (im Kreise Pleschen). Ein Korrespondent aus Pleschen berichtet in Nr. 220 dieser Zeitung, daß der Gastwirth Krafft von hier vom Dominialbevollmächtigten arg gemißhandelt, mit Füßen getreten und mit Hunden gehetzt worden sei. Er sagt dabei, Krafft wäre auf einem seit 30 Jahren befahrenen Wege, den er, um auf seinen Acker zu gelangen, benutzen müsse, wieder einmal mit einer Haferfuhre gefahren, und dies wäre ihm neuerdings inhibirt worden, wobei die angebliche Mißhandlung stattgefunden. Schließlich bemerkt der Herr Korrespondent, der Vorfall wäre der königlichen Staatsanwaltschaft angezeigt.

Was den letzten Punkt anbetrifft, hat der Herr Korrespondent vollständig Recht, Alles übrige hingegen ist erdichtet, — und die Falschheit der wesentlichsten Angaben, kann sogar aktenmäßig festgestellt werden.

Vor Allem muß gesagt werden, daß Krafft zu seinem Acker nicht einen, sondern zwei Wege hat, die ihm von Rechtswegen zustehen. Erst im vorigen Jahre versuchte derselbe, sich einen neuen Weg über den Domanialacker zu machen, dies wurde freilich inhibirt; er klagte darauf in Possessorio, und es erging hierauf ein Erkenntniß des königl. Appellationsgerichts zu Posen, welches die Besitzergreifung besagter Wegegerechtigkeit von Seiten des 2c. Krafft als eine offenbar fehlerhafte und unredliche expr. verb. charakterisirt.

Dem ungeachtet nimmt 2c. Krafft am 31. v. Mts. 4 Mann mit Wagen und Pferd, reißt eine seit dem Jahre 1846 die Feldmark absperrende Barière herunter und läßt mit einer Sense sich an gedachter Stelle von einen seiner Leute im Dominial-Buchweizen einen Weg aushauen — er selbst gegen seine Gewohnheit mit einem Stocke versehen, überwacht und leitet diese Arbeit.

Der Wirthschaftsbeamte Szczerkowski, welcher diesen Gewaltstreich im Vorbeigehen bemerkte, trat nun an Krafft heran und forderte ihn auf, sofort die Feldmark zn verlassen, widrigenfalls er ihn pfänden würde, bekam aber von Kraft zur Antwort, hier müsse er einen Weg haben und wenn es sein Vermögen und ein Leben kosten sollte — und er wolle den sehen, der sich unterstehen würde, ihn zu pfänden.

Szczerkowski einsehend, daß hier mit vernünftigen Worten nichts auszurichten sei, meldete den Vorfall an den Bevollmächtigten Herrn R. Derselbe begab sich nun mit leeren Händen auf die benannte Feldmark, forderte Krafft auf, sich zu entfernen und den Unfug zu lassen. Mit dem Stocke bedroht, wurde aber Herr R. zur Nothwehr gezwungen. Alles Uebrige ist eine natürliche Folge dieses Sachverhältnisses, wobei jeder Unparteiische wohl ohne Schwierigkeit den Angreifer herauserkennen wird.

(Die Redaktion selbst steht natürlich der Angelegenheit fremd gegenüber und muß auf die zu erwartende gerichtliche Entscheidung verweisen.)

// Pleschen, 23. Septbr. [Verbrechen.] Vor einigen Tagen erfuhr der Gensd'arm Büttner in Sierszew, daß eine Dienstmagd in Pruszinow in Verdacht stehe, heimlich geboren zu haben, ihre Niederkunft aber hartnäckig leugne. Er begab sich daher nach Pruszinow und seinen Bemühungen gelang es, die unnatürliche Mutter zum Geständniß zu bringen. Nach demselben wollte sie in einem Lupinenfelde bei Rudka ein todtes Kind geboren und daselbst liegen gelassen haben. An Ort und Stelle zeigten sich nur Blutspuren, aber kein Kind. Auf weiteres Andrängen des Gensd'arm Büttner gestand sie endlich, daß sie die Kindesleiche in einen Brunnen ohnweit Pruszinow geworfen, habe, in dem sie auch vorgefunden wurde. Um ihre Niederkunft zu verheimlichen, hat die jugendliche Verbrecherin bald nach derselben Kartoffeln ausgehackt, und einen ganzen Tag schwere Säcke und Körbe getragen.

G Sulmierzyce, 23. September. [Telegraph; die Verbindung der Trachenberger Chaussee mit der Ostrowo-Krotoschiner.] Dem Vernehmen nach sollen wir eine Telegraphenstation herbekommen, so wie die hier durchführende Trachenberg-Adelnauer Chaussee dem Verkehr übergeben sein wird. Es würde uns damit allerdings ungemein gedient sein, denn die jetzige nächste Station Krotoschin ist für uns doch gar zu entfernt. Jedenfalls werden unsere städtischen Behörden sehr gern bereit sein, die Sache mit nach Möglichkeit zu fördern. Daß die verhältnißmäßig so geringen Anlagekosten sich auch hier verinteressiren werden, steht mit Sicherheit zu erwarten, da dies ja erfahrungsmäßig überall der Fall ist. — Zu unserm großen Bedauern hat die fürstl. von Thurn- und Taxissche Rentkammer die projektirte Verbindung der Ostrowo-Krotoschiner Chaussee mit unserer Chaussee durch die Fortsetzung einer bereits vorhandenen gepflasterten Straße in diesem Jahre nicht fortgesetzt. Wir wollen gern glauben, daß sie durch erhebliche Hindernisse hiervon abgehalten worden sein mag, bezweifeln auch nicht, daß sie von der großen Nothwendigkeit immer ausgedehnterer Wegemeliorationen in unserer Gegend überzeugt ist, und geben uns doch der Hoffnung hin, daß sie, wenn irgend möglich, die etwa nur noch $1^1/_3$ Meile betragende auszupflasternde oder zu chaussirende Strecke noch in diesem Jahre beginnen lassen wird. Auch die Stadt Krotoschin hat allen Anlaß, sich für diesen Verbindungsweg mit allem Eifer zu interessiren, wenn der dortige Marktverkehr nicht leiden soll. Daß die Stadt Krotoschin überhaupt nicht schon längst für eine bessere direkte Verbindung mit unserem Platze Etwas gethan, ist jedenfalls sehr zu beklagen. Wir empfehlen die Sache der wohlwollendsten unausgesetzten Beachtung und Förderung aller betheiligten Behörden.

Landwirthschaftliches.

Neustadt b. Pinne, 22. Sept. [Thierschau und Industrie-Ausstellung in Pinne; Ergänzung.] Anschließend an meinen Bericht in Nr. 220. dies. Ztg. berichte ich nunmehr über die Thierschau und Industrie-Ausstellung, bei welcher ich konstatiren muß, daß um erstere die Rittergutsbesitzer Baron v. Massenbach-Pinne und v. Sander auf Charcic sehr bemüht waren. Von den zahlreich vorgeführten Mutterstuten erhielten Prämien:

1) Eigenthümer Gottfried Steinborn aus Kuslin, Schimmelstute vom General 25 Thlr.; 2) Eigenthümer Friedrich Hämmerling aus Neu-Zattum, Rappe vom Pan 20 Thlr.; 3) Eigenth. August Forbrich aus Tuchole, Schimmel vom Rudolph 15 Thlr.; 4) Eigenth. Johann Karge aus Chrzypsko, Rappstute vom Hippias 5 Thlr.; 5) Eigenth. Adolph Hämmerling aus Neu-Zattum, Schimmelstute vom Rudolph 10 Thlr.; 6) Eigenth. Gottlob Steinborn aus Duszník, Schimmel vom Allegro erhielt die silberne Medaille; 7) Eigenth. Adolph Hämmerling aus Neu-Zattum, Schimmel vom Gil-Blas die bronzene Medaille. Außerdem erhielten noch Deckscheine die Stuten: 1) des Eigenthümers Dittfach aus Milostowo, 2) des Zielke aus Tucholle, und 3) des Schulzen Harte aus Kubowo.

Von den aufgeführten Fohlen wurden prämiirt: 1) Bürger Kullak in Pinne, schwarzbraunes Fohlen vom Jung-Suisquet 10 Thlr.; 2) Eigenthümer Jonas in Dusznik, Schimmel vom Lord 6 Thlr.; 3) Eigenth. Gottfried Lechelt in Kuslin, Schimmel vom Lord 7 Thlr.; 4) Eigenth. Stanislaus Luck aus Chrzypsko, braunes Fohlen vom königl. Beschäler, silberne Medaille; 5) Eigenth. Gottfried Sauer aus Zamorze, hellbraunes Fohlen vom Jung-Suisquet Bronze-Medaille.

Rindvieh, Schafe, Schweine. Für das ausgestellte Rindvieh vom Baron v. Massenbach-Pinne und Bialokosz, v. Sander-Charcic, Bardt-Luboſz, Boldt-Koszanowo und vom Dom. Pfarskie wurde die silberne Medaille ertheilt; ebenso für die vom Dom. Pinne ausgestellte Sau mit 12 Ferkeln. Die Betheiligung bei dieser Ausstellung war nicht sehr groß, indeß läßt sich erwarten, daß sie desto größer bei der nächstfolgenden sein wird. — Nächstdem erhielt der Kunstgärtner Boese aus Kwilcz für ausgestellte große Madaire-Zwiebeln die Bronze-Medaille. Herr Wiczynski jun. aus Mylin hatte verschiedene Kartoffelsorten ausgestellt. Vor der Industrie-Ausstellung erwähne ich besonders die vom Klempnermeister Klos in Pinne ausgestellte Gartenspritze, Siegeslampen u. s. w., derselbe erhielt die silberne Medaille. Nächstdem begegnet man eleganten Staats- und praktisch gearbeiteten Pferdegeschirren; Siedemaschinen und Runkelrübenschneidern, ausgestellt vom Maschinenbauer A. Steinhauß in Birnbaum, ferner anderen Wirthschafts- und Hausgeräthen, welche von den Ausstellern nach eigener und für praktisch befundener Konstruktion selbst gearbeitet wurden. Eine Kommission prämiirte mit silbernen und bronzenen Medaillen, und empfahl durch angeklebte Zettel zum Ankauf für die Lotterie-Kommission, was demnächst auch erfolgte. Der in Paris prämiirte Eckert'sche Pflug des Rittergutsbesitzers Pflug auf Lauske und Morne war leider irgend wo noch auf der Eisenbahn liegen geblieben, weshalb keine Probepflügen stattfinden konnte.

Gestatten Sie mir noch einige Ergänzungen zu meinem Bericht über das Pferderennen.

I. Zum Pferderennen. Der Verlauf dieses Rennens war der Art, daß beide Pferde „Ellen“ und „Faworit“ sehr elegant das Hinderniß nahmen. Am trockenen Graben machte Faworit — Wallach des Lieutenants Gr. Schmettow — einen Fehlsprung, der denselben sofort distancirte und für die glückliche Fortsetzung in Nachtheil brachte. Die übrigen Hindernissee wurden von den Pferden mit ihren gewandten Reitern nach einander genommen und siegte Herr v. Wintetfeld's braune Stute „Ellen“, Reiter Baron Georg von Massenbach.

II. Bauern-Rennen. Am Posten erschien: 1) das Pferd des bäuerlichen Wirths Lehmann aus Jaleszinko, schwarz-braune Stute, 2) die Fuchsstute des bäuerlichen Wirths Ferd. Minge zu Milostowo; 3) hellbraune Stute des Wirths Johann Minge aus Milostowo; 4) Fuchsstute des Wirths Ferdinand Bengsch zu Milostowo. Nach gelungenem Ablauf nahm die schwarz-braune Stute des Lehmann vom Fleck die Führung, gefolgt von der Stute des Minge in weitern Abständen, vermehrte im Lauf des Rennens durch ihre augenscheinliche Ueberlegenheit den Abstand zwischen ihrem Konkurrenten und siegte nach Gefallen. Der Besitzer erhält 15 Thlr. Prämie; Johann Minge 10 Thlr. und Bengsch 5 Thlr. Prämie. ad 2. gab bald das Rennen auf.

III. Trabrennen. Außer den bereits in No. 220 erwähnten 6 Herren waren auch eingetreten: 1) Hrn. Lieutenant H. Bardt hellbraune Stute, geritten von Hrn. Lieutenant A. Bardt 8) Hrn. Inspektor Kirsten zu Sliwno Fuchsstute, geritten vom Besitzer. Die Führung übernahm, wie erwartet, der bekannte über 20 Jahr alte Hengst des Inspektors Neumann in Lężec, von dem frühern Besitzer Hrn. Krüger gezogen, gefolgt von Ikar, Wallach des Hrn. von Treskow-Biedrusko und den andern in verschiedenen Distanzen. Alle Anstrengungen, den alten Hengst zu erreichen blieben erfolglos, und derselbe siegt, obgleich es schien, als wollte Ikar im letzten Moment noch eine glückliche Anstrengung machen.

IV. Ponny-Trabfahren. Das Charakteristische von Ponnypferden wurde zwar bei denen der Hrn v. Treskow-Chludowo und Boldt-Koczanowo in Zweifel gezogen, wurden dieselben jedoch nach Schiedsspruch zugelassen. Nach schwierigem Start übernahm die Führung der br. Ponny des Hrn. G. Boldt, gefolgt von den Falben des Hrn. v. Treskow-Chludowo, dicht darauf die des Hrn. v. Gersdorff aus Prusim. Von allen 3 Gespannen galoppirte ein Pferd, doch wurde von Hrn. Boldt das Rennen in brillantem Trabe vom Sattelpferde durchgehalten und siegte derselbe mit einer Wagenlänge gegen die Ponnys des Herrn v. Treskow-Chludowo.

V. Zuchtrennen. Nach gelungenem Start gingen die 3 aus dem bekannten Stalle zu Rozbitek gezogenen Pferde „Brillant“ v. Edelstein, „Fary“ v. Athos, und „Blondel“ v. Athos a. d. Hertha in lebhaftem Rennen Kopf an Kopf das erste Mal durch den Siegespfosten. An der nächsten Ecke übernahm durch geschickte Wendung ihres Reiters die braune Stute „Fary“, geritten von Hrn. C. v. Poncet, die Führung, „Brillant“, geritten von Hrn. v. Gersdorff, und „Blondel“, geritten vom Besitzer Hrn. v. Treskow-Wierzonka, folgten mit mit einer halben Länge dicht auf. In dieser Folge hielten die 3 Pferde die Stellung bis vor der letzten Ecke. Hier alle verwandschaftliche Rücksicht bei Seite setzend, ging „Blondel“ aufgefordert vor, und kam bei dieser Gelegenheit mit seinem früheren, ihm fremd gewordenen Stallgenossen „Brillant“ durch Beißen und Schlagen in Konflikt, wodurch dieser plötzlich bei der Wendung um die Ecke 6 Pferdelängen gegen „Fary“ und „Blondel“ distancirt wurde. Die Gefahr des Rennens erkennend, regte der Reiter des „Brillant“ diesen energisch an, und der Hengst zeigte nun die bis dahin absichtlich verdeckte Ueberlegenheit gegen seine beiden Gegner, indem er seine ganze Schnelligkeit entfaltend, rasch das verlorene Terrain wiedergewann, an „Blondel“ und „Fary“ vorübergehend, glänzend gegen letztere mit 3 Pferdelängen durch den Pfosten ging. Das Rennen gewann deshalb besonderes Interesse, weil die Reiter unter sich und auch die Pferde verwandt waren, und das Urtheil über den Sieg bis auf den letzten Moment in Zweifel gehalten wurde.

VI. Rennen für Pferde aller Länder. Am Pfosten wurden noch in das Rennen aufgenommen Hrn. Hundt v. Hafften-Turowo brauner Wallach, württemberger Zucht, geritten vom Besitzer. Die Pferde gingen gut ab und nahm der letztgenannte braune Wallach, von seinem Reiter aufgefordert, mit Energie in bedeutenden Zwischenräumen die Spitze, und hatte so den Vorzug, die übrigen in dichten Haufen gedrängten Pferde das erste Mal durch den Pfosten zu führen. Leider waren an der nächsten Ecke Pferd und Reiter über die Richtung des Laufs uneinig und verloren den gewonnenen Vortheil. Von hier ab gingen die übrigen Pferde ziemlich versammelt, geführt von der Trakehner Stute „Ellen“, in schönem Rennen um die nächste Ecke. Auf der langen Seite der Bahn konnte die Ueberlegenheit des „Romeo“, geritten vom Besitzer Rittmeister v. Kuhlwein, nicht verheimlicht bleiben. Die übrigen Pferde wurden nunmehr distancirt, und nur der „Ellen“, Hrn. v. Winterfeld-Boduszewo, geritten vom Baron Georg v. Massenbach, war es vergönnt, ihrem überlegenen Gegner eine nennenswerthe Konkurrenz zu machen. „Romeo“ siegte mit 6 Pferdelängen gegen „Ellen“. Weiter dahinter die Schimmelstute „Astre“, Hrn. A. v. Treskow-Biedrusko gehörig, Reiter Besitzer, als drittes Pferd, die übrigen in weiteren Abständen den Siegespfosten passirend.

Die Lotterie-Kommission beendete ihr Geschäft erst spät Abends, gleichzeitig berichtigend, daß die Kuh und Kalb im Werthe von 100 Thlrn. nicht ein hiesiger Gerbergeselle, sondern der Bürger Kullak in Pinne gewonnen.

Abends fand im glänzend dekorirten Saale des Posthalters und Bürgermeisters Weiß ein solennes Diner statt. Vom Hause flaggte die preußische Fahne. Der erste Toast galt Sr. Majestät dem Könige, der nächstfolgende Herrn Baron v. Massenbach, in welchem seiner Verdienste um die Anordnung zum Feste Erwähnung geschah, und dem Herrn Bürgermeister Weiß für seine außerordentlichen Bemühungen um die festliche Aufnahme der Gäste gedankt wurde. In einem angrenzenden Salon speisten 20 Damen.

Angekommene Fremde

vom 25. September.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Koszutski aus Magnuszewice, v. Maslowski aus Dupiewiece, v. Wolniewicz nebst Frau aus Dembicz und Frau v. Rutkowska aus Spodlesza, Kaufmann Zapalowski aus Wongrowiec.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Fabrikant Silberstein aus Fraustadt, Viehhändler Klakow aus Goschter-Hauland, Hotelier Krzywinus aus Gnesen, die Kaufleute Frau Marcus aus Kolo und Morgenstern aus Troppau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Gutsbesitzer Wilkonski aus Trzemeszno, Feldmesser Wels aus Wesel, Stud. med. Gellner aus Breslau, die Kaufleute Wisniewski aus Berlin, Schulz aus Hamburg und Morres Lotheim aus Amerika.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Zychlinski aus Murzynowo, v. Rekowski und v. Zychlinski aus Koszuty, Russak aus Labiszynek, die Kaufleute Schmidt aus Schmalkalden, Lasker aus Gnesen und Grünwald aus Lübek, Gutsbesitzer Graf Mielzynski aus Bobelwitz, Versicherungsinspektor Sprengel aus Berlin, Rentier v. Möllendorff aus Potsdam.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Dąbrowski aus Mikorzewo, v. Modlibowski nebst Frau aus Alt-Guhle und v. Poninski aus Komorniki, Frau v. Skalawska nebst Familie aus Slomczyce.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer v. Taczanowski aus Choryn, Frau v. Chlapowska aus Karczewo, Deichmann aus Sieroslaw, Zauberzweig aus Schönhagen, Familie Boas aus Lussowo und Baier aus Golenczewo, Kreisgerichtsrath Mittelstädt aus Wreschen, die Kaufleute Putsch aus Stettin, Voß aus Berlin, Blechner aus Paris, Rosenheim aus Heidingsfeld und Asch aus Rawicz.

HOTEL DE BERLIN. Hof-Instrumentenbauer Kaps aus Dresden, die Rittergutsbesitzer v. Moszynski aus Polen, v. Radonski aus Gorka, Heickerodt nebst Frau aus Zabikowo, Kluth nebst Frau aus Slepuchowo und Dütschke aus Rombczyn, Gutspächter Goffke aus Grotzig, Landwirth Gotte und Rentier Gotte aus Neumark, Kaufmann Lorek nebst Frau aus Schmiegel, Kreisbaumeister Frau Klein und Kontrolleur Frau Stefani aus Wreschen, Sängerin Heyrowska nebst Tochter und Schauspielerin Fräul. Geusicke aus Berlin.

HOTEL DE PARIS. Ingenieur v. Badynski nebst Frau aus Triest, Apotheker Miczynski aus Krakau, die Rittergutsbesitzer v. Znaniecki aus Swigtniki und Frau v. Gąsiorowska nebst Familie aus Zberki, Landwirth Arnus aus Bednary.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Potworowski nebst Frau aus Przysieka und v. Koczorowski nebst Frau aus Jasin, Bürger v. Beyer aus Warschau.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Szczaniecki aus Międzychod, Sypniewski aus Piotrowo, Karnkowski aus Polen, Mrozinski aus Brachlin und Sczaniecki aus Laszczyn, Bürgerfrau Szymanowska aus Warschau.

DREI LILIEN. Die Kaufleute Schulz aus Glogau und Lewandowski aus Jarocin, Maurermeister Neumann aus Wreschen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 65. der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche zu Geschworenen berufen werden können, am

26., 27. und 28. d. Mts.

während der Dienststunden in unserem Sekretariate zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptet Jemand übergangen, oder ohne Berücksichtigung von Befreiungsgründen darin eingetragen worden zu sein, so hat derselbe innerhalb der gedachten 3 Tage seine Einwendungen entweder schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. Nach dieser Zeit wird die Liste geschlossen.

Posen, den 24. September 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die unmittelbar an der Warthe gelegenen Kämmerei-Ziegeleien Nr. I. und II., letztere mit einem Kalkofen, sollen einzeln oder zusammen, **vom** 1. Januar 1868 ab, auf 3 bis 18 Jahre meistbietend verpachtet werden.

Hierzu steht ein Termin auf

den 16. Oktober c.
Nachmittags 4 Uhr

im hiesigen Sitzungs-Saale an, zu welchem Pachtliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Bedingungen während der Dienststunden bei uns eingesehen werden können.

Auch sind wir geneigt, dem Pächter der Ziegeleien noch circa 55 Mrg. Ackerland und Wiesen, an die Etablissements grenzend, nach Ablauf der jetzigen Pachtzeit, am 1. September 1869, mit zu verpachten.

Schwerin a. W., den 14. Sept. 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das erbschaftliche Liquidations-Verfahren über den Nachlaß der Wittwe **Josepha von Rakowska** geb. **von Herrmann** ist durch rechtskräftiges Urtel beendet worden.

Posen, den 15. September 1867.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht erste Abth. zu Rogasen.

Das in dem Dorfe **Neu-Vorwerk** unter Nr. 2. belegene, dem **Ernst Franz Botho Alexander von Pressentin** genannt **von Rautter** gehörige Etablissement, abgeschätzt auf 44,644 Thaler 27 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehende Taxe soll

am 22. Januar 1868
Vormittags um 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Besitzer **Ernst Franz Botho Alexander von Pressentin** genannt **von Rautter** wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Rogasen, den 14. Juni 1867.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Gnesen, den 19. September 1867.

Das dem **Moritz Bieler** gehörige, zu **Konikowo** sub Nr. 1. belegene Vorwerk, dem die Grundstücke Nr. 2. und 3. zugeschrieben, abgeschätzt auf 25,286 Thaler 20 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 17. April 1868
Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Auktion.

Donnerstag den 26. September c. werde ich **Nachmittags von 3 Uhr** ab **Grünstraße Nr. 1. 3 Treppen** umzugshalber: **Schränke, Sophas, Schreib-, Näh- rc. Tische, Stühle, Betten, Haus-** und **Küchengeräthe** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski,
königl. Auktions-Kommissar.

Auktion.

Donnerstag den 26. d. M., früh 9 Uhr, werde ich im Auktionslokale **Wronkerstr. 4.** diverse **Möbel,** als: Sophas, Tische, Stühle, Bettstellen, Spinde, zwei eiserne Oefen rc, um 11 Uhr einen Kutschwagen öffentlich versteigern.

Manheimer, kgl. Aukt.-Komm.

Geschäfts-Verkauf.

Ein gut rentirendes Geschäft mit schöner Einrichtung ist unter guten Bedingungen zu verkaufen und Geschäftslokal mit zu übernehmen. Näheres ertheilt Herr **J. Jolowicz,** Magazinstraße.

Zum 1. Oktober d. J. eröffne ich Neuenburgerstraße 15. eine mit **Pensionat** verbundene **Anstalt z. Vorbereitung** f. d. **militärischen Examina.** Betrag der Pension und des Honorars f. Hospitanten mäßig.

Das Nähere in den Prospekten, welche bei mir und in den bedeutenderen Buchhandlungen der größeren Provinzialstädte zu haben sind. Anmeldungen nehme ich jederzeit entgegen.

Berlin, September 1867.

v. Gleissenberg, Oberst a. D.

Vom ersten künftigen Monats ab werde ich mein Büreau in dem in der Buker-Straße gelegenen neuen Hause des Bürgers Herrn Chociesżynski in der Bel-Etage haben.

Grätz, den 23. September 1867.

Heine,
Rechtsanwalt und Notar.

Hierdurch beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich hierorts mich als **Zimmermeister** niedergelassen habe.

Zur Ausführung von Bauten mich bestens empfehlend, werde ich stets bemüht sein, durch schnelle reelle Ausübung der mir gütigst anvertrauten Arbeiten gute Rekommandationen zu erwerben.

Grätz. **Max v. Wilczewski.**

An dem bereits mehrfach angezeigten

Lehr-Kursus
für Schön- und Schnellschreiben,

können noch Herren, Damen, sowie auch Kinder Theil nehmen, wenn die Anmeldungen möglichst bald im ***Hôtel de Rôme,*** am ***Wilhelmsplatz,*** gemacht werden. Für eine schnell fliessende dauernd schöne Handschrift in Zeit von **zwölf Unterrichtsstunden** wird garantirt.

Proben von Handschriften liegen zur Ansicht bereit.

Sprechstunden: früh von 8 bis Nachm. 3 Uhr.

Jentzsch, Lehrer der Kalligraphie aus Dresden.

Posen, den 20. September 1867.

Heute beim Schlusse eines 12stündigen Schreibunterrichts, kann ich nicht umhin, indem ich gleichzeitig Herrn Kalligraphen **Jentzsch** meinen Dank ausspreche, die Methode des genannten Herrn allen Denen angelegentlichst zu empfehlen, welche ihre Handschrift zu verbessern wünschen.

A. Rätze.

Wichtig für Fußleidende!

Nur bis **Sonntag** den 29. d. Mts.

Ohne **Messer,** ohne **Pflaster** oder **Aetzmittel** entferne ich sofort und durchaus **schmerzlos Hühneraugen, Ballen-** und **Frostleiden, Nagelkrankheiten** in allen Stadien, Warzen rc. rc. und bin täglich von 10 bis 6 Uhr zu konsultiren.

Fußärztin Elise Kessler
aus **Berlin,**
z. Z. Mylius „Hotel de Dresde".

Daß die Frau **Elisabeth Keßler** sehr geschickt ist, die eingewurzeltsten und schmerzhaftesten Hühneraugenleiden, **ohne Schmerzen** für den Betheiligten zu entfernen, kann ich aus eigener Erfahrung bezeugen, und empfehle sie daher Allen, die an diesem Uebel leiden.

Posen, 12. Febr. 1867.

Dr. Sullinger, Geh. Med.-Rath.

Diätetische (Schroth'sche) Kur. Dr. ***Kles,*** prakt. Arzt rc. in Görlitz.

Anfragen wegen Aufnahme, Korrespondenz rc. franko.



Das Dominium **Theresienstein** bei Krotoschin stellt zum Verkauf:

2 sprungfähige Bullen und
10 $1\frac{1}{2}$- bis 2jährige Kalben Holländer und Oldenburger Kreuzung,

letztere sämmtlich von einem Original-Holländer Bullen gedeckt.

190 fette Hammel stehen zum Verkauf auf dem Dominium **Pijanowo** b. Kosten.



Eine elegante **braune Stute,** 7jährig, $4\frac{1}{2}$ Zoll groß, militärfromm und mit vorzüglichen Gangarten, ist für den festen Preis von 50 Friedrichsd'or zu verkaufen in **Bromberg,** Hoffmannstraße Nr. 4.

Feinen **Saatweizen** (Frankensteiner und Kujawischen) à 4 Thaler, und feinen **Saatroggen** (Probsteier und Zeeländer) à 3 Thlr. pro Scheffel offerirt

Ed. Burghardt.
Górtatowo bei Schwersenz.

Einige Hundert alte, noch gute **Mauersteine** sind billig zu verkaufen **Ziegenstraße 23.**

Der Ausverkauf im **Geschwister *Herrmann*** schen Geschäft wird zu **Spottpreisen** fortgesetzt und kommen die **frischesten Sachen** zum Verkauf.

20,000 Paar Glacé-Hirschleder-Winterhandschuhe rc. von $7\frac{1}{2}$ Sgr. an bis zu dem feinsten Ziegenleder-Stepper, **bei denen das Platzen der Näthe nicht vorkommt,** empfiehlt zum Markte

die Handschuh-Fabrik von
C. J. Fischer
aus Berlin.

Stand: Pfefferkuchen-Budenreihe vis-à-vis der Weinhandlung des Herrn Goldenring.

Stobwassersche
Petroleum-Lampen
empfiehlt alle Gattungen in größter Auswahl und neuesten Dessins, ebenso wie
Petroleum
in bester, gereinigter Waare

August Klug,
Breslauerstraße Nr. 3.

Ich beehre mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß Herr **Franz Wakarecy** und ich mit dem heutigen Tage die am hiesigen Platze und in Bromberg bestehende Firma aufgelöst haben. Das Geschäft in **Bromberg** hat Herr **F. Wakarecy,** das hiesige dagegen, welches ich persönlich leitete, habe für eigene Rechnung übernommen und werde letzteres in bisheriger Weise unter der Firma

W. Jerzykiewicz

weiter führen.

Für das uns in so reichem Maaße geschenkte Vertrauen verbindlichst dankend, bitte ich, dasselbe auch auf die geänderte Firma zu übertragen und empfehle mein

Gardinen-, Stickereien-, Spitzen-, Konfektions- u. Weißwaaren-Geschäft

fernerem Wohlwollen. Gleichzeitig zeige ich ergebenst an, daß mein Lager durch von mir persönlich gemachte Einkäufe in Paris in allen Neuheiten reichhaltig assortirt ist.

W. Jerzykiewicz.

Vorzüglichste englische **Siedemaschinen, Haferquetschen, Schrotmühlen, Rübenschneider, Göpel** und **Göpel-Dreschmaschinen** empfehlen

Moritz & Joseph Friedländer,
Breslau, 13. Schweidnitzer Stadtgraben.

Fertige Düten
in allen Größen, **1000** Stück von $7\frac{1}{2}$ Sgr. an, empfiehlt

Salomon Lewy,
Breitestraße 21.

Bretter, $\frac{8}{4}$, $\frac{5}{4}$, $\frac{4}{4}$ u. $\frac{3}{4}$", auch **Schwarten,** verkaufe ich, wegen Verlegung meiner Ablagen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Misch in **Obersitzko.**

אתרוגים מובחרים
sind billigst zu haben bei
B. Risch, Judenstr. 28.

Am heutigen Tage haben wir unser ganzes Lager von **echt importirten Cigarren** an Herrn **S. v. Żychliński in Posen,** Berlinerstraße Nr. 13., verkauft und empfehlen dasselbe dem geehrten Publikum.

Posen, den 21. August 1867.

Bniński, Chłapowski, Plater & Comp.

Auf vorstehende Annonce bezugnehmend, hoffe ich, daß das geehrte Publikum mir das bisher geschenkte Vertrauen erhalten wird und werde ich mich desselben nach wie vor durch streng reelle Bedienung würdig zeigen.

S. Żychliński,
Berlinerstraße Nr. 13.

Zauber-Apparate,

welche höchst überraschend sind und sich für **Jedermann** eignen, nur während des Marktes zum Verkauf. Mein Stand ist auf dem Markte vis-à-vis der Konditorei des Herrn Pfitzner. Wohnhaft Krugs-Hôtel, St. Martin 41. Z. 4

N. B. Jeden Morgen bis 10 Uhr bin ich in meiner Wohnung zu treffen, besonders für Herrschaften, welche sich an meinem Stande zu kaufen geniren. Um geneigten Zuspruch bittet

J. Kieling.

Theerseife,

von den **Autoritäten der Medizin** empfohlen als **wirksamstes** Mittel gegen **alle Hautunreinigkeiten.** Vorräthig in Stücken à 5 Sgr. in ***Elsners*** **Apotheke.**

Schlesischer Fenchelhonig-Extrakt von L. W. Egers,

als das wirksamste Hausmittel bei Hals- und Brustleiden, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Kitzel und Beschwerden im Halse, Bräune, Krampf- und Keuchhusten rc. hinlänglich bekannt, **bei Kinderkrankheiten** so zu sagen eingebürgert als

Hausarzt jeder besorgten Mutter,

wie nicht minder für an Hämorrhoiden und Verstopfung Leidende zum Zwecke einer **leichten Leibesöffnung** so sehr bewährt, wird eben seiner erprobten Güte und weltverbreiteten Absatzes wegen vielfach nachgepfuscht. Man achte deshalb genau darauf, daß jede Flasche des **echten** Schlesischen Fenchelhonig-Extrakts Siegel, Etiquette nebst Facsimile, sowie die eingebrannte Firma seines **Erfinders** und **alleinigen** Verfertigers **L. W. Egers in Breslau** trage und gekauft wird **nur** bei ***Amalie Wuttke*** in **Posen,** Wasserstraße 8/9., ***Samuel Pulvermacher*** in **Gnesen,** ***S. G. Schubert*** in **Lissa,** ***Moritz Basse*** in **Schmiegel,** ***J. J. Salinger*** in **Czarnikau,** ***Emil Sieverth*** in **Schrimm.**

Frische fette Danziger **Speckflundern** sind wieder eingetroffen bei **Kletschoff.**

Leb. Hechte u. Zander Donnerst. Ab. b. Kletschoff.

Gichtwatte, **unfehlbares** Mittel gegen Gliederreißen aller Art, empfiehlt à Pack 5 und 8 Sgr.

V. Giernat in **Posen,** Markt 46.

Das Dominium **Czerniejewo** hat gegen 40 Centner **Hopfen** zu verkaufen.

Prima pensylv. Petroleum à Quart $5\frac{1}{2}$ Sgr., bei 5 Quart à 5 Sgr., sowie best. raff. Rüböl à Pfd. $4\frac{1}{2}$ Sgr., bei 5 Pfd. à $4\frac{1}{4}$ Sgr. empfiehlt ***M. Rosenstein,*** Wasserstr. 7.

Backbutter,
kernig und fett, offerirt zu den billigsten Preisen

E. Brechts Wwe.,
Wronkerstraße Nr. 13.

Vorzüglich schönen fetten holl. Rahmkäse, sowie Edamer, Chester, Schweizer, Neufchateller, Roquefort und echten Limburger empfiehlt

Jacob Appel,
Wilhelmsstraße 9.

Frischen Astrachaner Kaviar
empfiehlt
J. N. Leitgeber.

Hilferuf!

Ein großes Unglück ist über unsere Stadt verhängt worden. Am 21. d. M. um 2 Uhr Nachmittags entstand in der durch die Arbeiterklasse bewohnten Judenstraße Feuer, durch welches binnen einer Stunde 36 Wohnhäuser nebst sämmtlichen Hintergebäuden in Brand geriethen. Da in manchen Häusern je 5 bis 6 Familien untergebracht waren, so sind dadurch gegen 150 Familien obdachlos geblieben, ohne irgend etwas von ihrem Hab und Gut gerettet zu haben.

Wir wenden uns daher an alle mildthätigen Herzen um Unterstützung für unsere unglücklichen Abgebrannten und bitten, etwaige milde Gaben, sei es in Geld, Kleidungsstücken oder Nahrungsmitteln zu Händen eines der Unterzeichneten oder an die Expedition dieser Zeitung senden zu wollen. Bis dat, qui cito dat, und da der Winter vor der Thür steht, so bitten wir noch außerdem um schnelle Hilfe, wofür wir seiner Zeit den tiefsten Dank aussprechen werden.

Miloslaw, den 23. Sept. 1867.

Der Magistrat
und die Stadtverordneten.
Im Auftrage:
Jacobi, Bürgermeister.
M. Grochowski, Apotheker.
A. Mendelsohn, Kaufmann.
Rakowski, Zimmermeister.

Für die kranke Lehrerwittwe in Kurnik gingen ferner ein: von D. H. 1 Thlr. Fernere Beiträge nimmt gern entgegen
die Expedition d. Ztg.

Statt besonderer Meldung.
Heute Nachmittag 6 Uhr verschied nach mehrjährigem Leiden am Lungenschlage unser innigst geliebter Vater, Schwieger- u. Großvater ***Christian Dohle,*** Distrikts-Kommissarius a. D,. Ritter des rothen Adlerordens. In tiefstem Schmerz widmen diese traurige Anzeige
Wreschen, 24. Sept. 1867.
Marie u. Heinrich Tschacher
und deren 6 Kinder.



Posener Landwehrverein.
Die Beerdigung unseres, am 23. d. Mts bei einem Bau verschütteten Kameraden **Rylli,** findet Donnerstag, den 26., Nachmittags 5 Uhr, vom städtischen Krankenhause aus statt. Die 1., 19., 20., 21., 22., 23. Abtheilung sind verpflichtet zu erscheinen, die übrigen Kameraden werden ersucht, sich freiwillig recht zahlreich zu betheiligen.
Versammlung am Kanonenplatz Punkt 4 Uhr. — Die Abzeichen werden getragen.
Der Vorstand.

Sonntag den 29. d. M. Abends 7 Uhr findet hierselbst im **Hüttner**schen Saale ein **Dilettanten-Konzert** zum Besten der Abgebrannten in Miłosław statt.
Schroda, den 24. September 1867.
Um zahlreiche Theilnahme bittet
das Komitee.

Posener Marktbericht vom 25. September 1867.

	von Thl	von Sgr	von Pf	bis Thl	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Metzen	3	15	—	3	20	—
Mittel-Weizen	3	10	—	3	12	6
Ordinärer Weizen	3	—	—	3	2	6
Roggen, schwere Sorte	2	20	—	2	22	6
Roggen, leichtere Sorte	2	16	3	2	18	9
Große Gerste	—	—	—	—	—	—
Kleine Gerste	—	—	—	—	—	—
Hafer	—	—	—	—	—	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	15	—	—	17	—
Butter, 1 Faß zu 4 Berliner Quart	2	5	—	2	20	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee, dito dito	—	—	—	—	—	—
Heu, dito dito	—	—	—	—	—	—
Stroh, dito dito	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus pr. 100 Quart à 80% Tralles,
am 24. Sept. 1867 . . . . 21 Thl. 2 Sgr. 6 Pf. bis — Thl. — Sgr. — Pf.
" 25. " " . . . . 21 " — " — " " — " — " — "
Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Börse zu Posen

am 25. September 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 86 Br., **do. Rentenbriefe** 89 Gd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen —, do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen —, polnische Banknoten 84 Gd.

Roggen [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Septbr. 66, Septbr.-Oktbr. $65-64\frac{3}{4}$, Herbst $65-64\frac{3}{4}$, Oktbr.-Novbr. 61, Novbr.-Dezbr. $58\frac{3}{4}$, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 $58\frac{1}{2}$.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gekündigt 30,000 Quart, pr. Septbr. $20\frac{1}{2}-\frac{2}{3}$, Oktbr. $19\frac{7}{12}-\frac{5}{6}$, Novbr. $17\frac{2}{3}-\frac{7}{12}$, Dezbr. $17\frac{1}{4}$, Jan. 1868 $17\frac{1}{3}$, Febr. 1868 $17\frac{5}{12}$.

[Privatbericht.] **Wetter:** Trübe. **Roggen** bei matter Stimmung ohne Geschäft, pr. Septbr. 66 Gd., ½ Br., Herbst 65 bz. u. Br., Oktbr.-Novbr. $61\frac{1}{4}$ Br, 61 Gd., Novbr.-Dezbr. 59 Br., Dezbr.-Jan. 59 Br., Frühjahr 59 Gd.

Spiritus schließt, nach vorübergehender Mattigkeit, fester, gek. 30,000 Quart, pr. Septbr. $20\frac{2}{3}-\frac{1}{2}-\frac{7}{12}-\frac{2}{3}$ bz. u. Gd., Oktbr. $19\frac{2}{3}-\frac{7}{12}$ bz. u. Gd., Novbr. $17\frac{2}{3}$ bz., Br. u. Gd., Dezbr. $17\frac{1}{3}$ Br., ¼ Gd., Jan. $17\frac{1}{3}$ Br., ¼ Gd., April-Mai $17\frac{2}{3}$ Gd. u. Br.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 25. September 1867. (**Marcuse & Maas.**)

		Not. v. 21
Weizen, behauptet.		
Septbr.-Oktbr. . .	$93\frac{3}{4}$	$93\frac{1}{2}$
Oktbr.-Novbr. . .	90	90
Frühjahr 1868 . . .	$87\frac{1}{4}$	87
Roggen, fester.		
Septbr.-Oktbr. . . .	70	$69\frac{3}{4}$
Oktbr.-Novbr. . . .	$67\frac{1}{2}$	$67\frac{1}{4}$
Frühjahr 1868 . . .	63	$62\frac{1}{2}$

		Not. v. 24.
Rüböl, behauptet.		
Septbr.-Oktbr. . . .	$11\frac{5}{24}$	$11\frac{1}{6}$
April-Mai 1868 . .	$11\frac{3}{4}$	$11\frac{2}{3}$
Spiritus, ruhig.		
Septbr.-Oktbr. . . .	$21\frac{13}{24}$	$21\frac{7}{12}$
Oktbr.-Novbr. . . .	19	$19\frac{1}{12}$
Frühjahr 1868 . . .	$18\frac{1}{2}$	$18\frac{1}{2}$

Produkten-Börse.

Berlin, 24. Septbr. **Wind:** WNW. **Barometer:** 27¹¹. **Thermometer:** Früh 10° +. **Witterung:** Trübe und kühl.

Das Geschäft in **Roggen** ließ heute einige Erschlaffung nicht verkennen und wenn nicht Seitens der prononcirteren Vertreter der Hausse-Interessen Widerstand gegen rückschreitende Preisbewegung geleistet worden wäre, würde schwerlich der Werth des Artikels den gestrigen, so schnell erhöhten Standpunkt mit leidlichem Erfolge vertheidigt haben. Mit effektiver Waare ging es heute stiller, Eigner hielten natürlich fest.

Weizen ist in beschränktem Verkehr, weil Verkäufer ihre Forderungen, besonders für nahe Sichten, neuerdings erhöhten. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis $85\frac{3}{4}$ Rt.

Hafer wurde nicht merklich besser bezahlt und schließt matt. Gekündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis $30\frac{1}{8}$ Rt.

Rüböl bei sehr trägem Handel kaum preishaltend. Gekündigt 200 Ctr. Kündigungspreis $11\frac{5}{12}$ Rt.

Spiritus ohne wesentliche Aenderung und unbelebt, Herbst blieb am meisten vernachlässigt.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 84—100 **Rt. nach** Qualität, **pr. 2000 Pfd.** per diesen Monat 86 Rt. nominell, Septbr.-Oktbr. 85 a ½ a ¼ bz., Oktbr.-Novbr. $83\frac{1}{4}$ a 84 bz. u. Br., April-Mai 82 a $81\frac{3}{4}$ bz.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 70—72 Rt. bz., per diesen Monat 72 a $71\frac{1}{4}$ a 73 a 72 Rt. bz. u. Br., $71\frac{3}{4}$ Gd., Septbr.-Oktbr. 72 a $71\frac{1}{4}$ a 73 a 72 bz. u. Br., $71\frac{3}{4}$ Gd., Oktbr.-Novbr. $68\frac{1}{2}$ a $67\frac{3}{4}$ a $68\frac{1}{2}$ a $67\frac{1}{2}$ bz. u. Gd., ¾ Br., Novbr.-Dezbr. $66\frac{1}{4}$ a $65\frac{3}{4}$ bz., Dezbr.-Jan. 64 bz., April-Mai 63 a $62\frac{1}{2}$ a ¾ bz.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 48—54 **Rt. nach** Qualität, $52\frac{1}{2}$ Rt. bz.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 28—31 Rt. nach Qualität, 29 a 30 Rt. bz., per diesen Monat $30\frac{1}{8}$ a ¼ Rt. bz., Septbr.-Oktbr. $30\frac{1}{8}$ a ¼ bz., Oktbr.-Novbr. $29\frac{1}{2}$ bz., April-Mai $29\frac{1}{4}$ a ½ bz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 60—68 **Rt. nach** Qualität, **Futterwaare** 60—68 Rt. nach Qualität.

Raps pr. 1800 **Pfd.** 83—86 **Rt.**

Rübsen, Winter-, 82—85 **Rt.**

Rüböl loko pr. 100 **Pfd. ohne Faß** $11\frac{7}{12}$ **Rt. Br., per diesen Monat** $11\frac{11}{24}$ Rt. Br, Septbr.-Oktbr. $11\frac{11}{24}$ Br., Oktbr.-Novbr. $11\frac{11}{24}$ bz., Novbr.-Dezbr. $11\frac{5}{8}$ a $\frac{13}{24}$ bz., Dezbr.-Jan. $11\frac{5}{8}$ bz., April-Mai $11\frac{11}{12}$ bz.

Leinöl loko 14 **Rt. Br.**

Spiritus pr. 8000% **loko ohne Faß** $22\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{24}$ Rt. bz., per diesen Mo-

nat 22⅙ a 22 Rt. bz., Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 22⅙ a 22 bz., Br. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 19 1/12 a 18 23/24 bz., 19 Br., 18 11/12 Gd., Novbr.-Dezbr. 18⅙ a ¼ bz. u. Gd., ⅙ Br., April-Mai 18⅙ a 7/12 a ½ bz.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 6¼—6 Rt., Nr. 0. u. 1. 6—5⅔ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 5—4⅚ Rt., Nr. 0. u. 1. 4⅚—4 7/12 Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. (B. H. Z.)

Stettin, 24. Septbr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Nachts starker Regen, Mittags leicht bewölkt. Wind: W., lebhaft, + 13° R. Barometer: 27. 10.

Weizen schließt matter, loko p. 2125 Pfd. gelber 86—99 Rt., feiner 100 Rt., p. 83/85pfd. gelber pr. Septbr. 99½ Rt., Septbr.-Oktbr. 94, 93½ bz., Oktbr.-Novbr. 90 bz., Frühjahr 87 bz., Br. u. Gd.

Roggen höher bezahlt, schließt etwas niedriger, p. 2000 Pfd. loko 68—74 Rt., pr. Septbr. 72 Rt., Septbr.-Oktbr. 70, 69¾, ½ bz., 69¾ Br., Oktbr.-Novbr. 67½ Br., Frühjahr 63, 62½, 62 bz. u. Gd.

Gerste p. 70pfd. schles. 49—50½ Rt., mähr. 50—51 Rt., feine 51½—52 Rt., ungar. 48—50 Rt., Oderbr. 46½—47 Rt.

Hafer loko p. 50pfd. 32—33½ Rt., p. 47/50pfd. pr. Septbr.-Oktbr. 33 Rt. nominell, Frühjahr 32½ bz.

Erbsen loko 65—69 Rt.

Winterraps p. 1800 Pfd. 82—86 Rt.

Winterrübsen 81—84 Rt., pr. Septbr.-Oktbr. 85 Rt. Br.

Dotter 66—68 Rt.

Rapskuchen 1 Rt. 25 Sgr. a 1 Rt. 27½ Sgr. bz., 2 Rt. Br.

Rüböl behauptet, loko vom Lager 11½ Rt. Br., pr. Septbr.-Oktbr. 11⅙ Rt. bz., Oktbr.-Novbr. 11¼ Br., Novbr.-Dezbr. 11¼ Br., April-Mai 11⅝ Gd. u. Br.

Spiritus wenig verändert, loko ohne Faß 22½ Rt. bz., pr. Septbr. 22 Rt. Br, Septbr.-Oktbr. 21⅚ Br., ⅚, 7/12 bz. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 19 1/12 bz., Frühjahr 18½ Gd.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 99½ Rt., Roggen 72 Rt., Rüböl 11½ Rt., Spiritus 22 Rt.

Petroleum loko 7 5/12 Rt. bz., pr. Novbr. 7½ Rt. bz.

Schweineschmalz, amerikanisches 5¾—5⅚ Sgr. tr. bz.

Hering, schott. Crown und fullbrand 11¼, ⅙, 1/12, ⅙ Rt. tr. bz. (Ostſ.-Ztg.)

Breslau, 24. Septbr. [Produktenmarkt.] Wind: Süd. Wetter: trübe, früh 10° Wärme. Barometer: 27″ 7‴. — Am heutigen Markte war bei mittelmäßig guten Angeboten und belebterer Kauflust für Getreide im Allgemeinen sehr feste, für Roggen animirte Stimmung vorherrschend.

Weizen gut beachtet, wir notiren p. 84 Pfd. weißer 94—102—110 Sgr., gelber 93—102—107 Sgr., feinster 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt.

Roggen bei animirter Stimmung rasch steigend, wir notiren p. 84 Pfd. 81—84—85 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Gerste gut gefragt, wir notiren p. 74 Pfd. 56—58—62 Sgr., feinste über Notiz bezahlt.

Hafer behielt feste Stimmung, p. 50 Pfd. 31—32—33 Sgr., feinste Waare über Notiz bezahlt.

Hülsenfrüchte. Kocherbsen ohne Umsatz, 70—74 Sgr., Futtererbsen a 65—68 Sgr. p. 90 Pfd.

Wicken ohne Umsatz, p. 90 Pfd. 51—57 Sgr.

Bohnen vernachlässigt, p. 90 Pfd. 80—88 Sgr., feinste über Notiz.

Lupinen ohne Frage.

Buchweizen offerirt, p. 70 Pfd. 58—61 Sgr.

Oelsaaten preishaltend, Winterraps p. 150 Pfd. 185—194—204 Sgr., Winterrübsen 178—188—194 Sgr., Sommerrübsen 170—180—182 Sgr., Leindotter 150—160—170 Sgr.

Schlaglein mehr zugeführt, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto 6—6½—6 11/12 Rt., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Hanfsamen beachtet, p. 60 Pfd. Brutto a 50—53 Sgr.

Rapskuchen schwacher Umsatz, wir notiren a 49—52 Sgr. p. Ctr.

Leinkuchen 80—85 Sgr. p. Ctr.

Kleesaat stilles Geschäft.

Kartoffeln 34—38 Sgr. p. Sack a 150 Pfd. Brutto, 1¾—2 Sgr. p. Metze.

Breslau, 24. Septbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (p. 2000 Pfd.) höher, gek. 1000 Ctr., pr. Septbr. 68—68½—69—68½ bz. u. Br., Septbr.-Oktbr. 63½—64—65—64½ bz. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 62½—62 bz u. Br., Novbr.-Dezbr. 60 bz. u. Br., Dezbr.-Jan. 59 Br., April-Mai 58—59—58½ bz.

Weizen pr. Septbr. 85 Br.

Gerste pr. Septbr. 53 Br.

Hafer pr. Septbr. 44 Gd.

Raps pr. Septbr. 94 Br.

Rüböl fest, loko 11 Br., pr. Septbr. und Septbr.-Oktbr. 10⅞ bz., Oktbr.-Novbr. 10 11/12 bz., 11 Br., Novbr.-Dezbr. 11⅛ Br., Dezbr.-Jan. 11¼ bz., Jan.-Febr. 11⅓ bz., April-Mai 11½ Br.

Spiritus wenig verändert, gek. 15,000 Quart, loko **22 Rt. Gd.**, 22⅓ Br., pr. Septbr. 21⅚—22—21¾ bz., Septbr.-Oktbr. 20⅓—5/12 bz., Oktbr.-Novbr. 18 5/12 bz., Novbr.-Dezbr. 17⅓—5/12 bz. u. Gd., April-Mai 17⅔—¾ bz. u. Gd.

Zink fest. Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 24. September 1867.

	feine	mittel	ord. Waare.	
Weizen, weißer	108—110	104	98—100 Sgr.	pr. Scheffel.
do. gelber	105—107	102	96—97	
Roggen	85	84	81—83	
Gerste	60—62	59	56—57	
Hafer	33—34	32	30—31	
Erbsen	70—74	69	65—67	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 24. Septbr. Weizen 86—90 Rt., Roggen 69—71 Rt., Gerste 46—50 Rt., Hafer 28—28½ Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare fest behauptet, Termine gefragt, aber ohne Abgeber. Loko ohne Faß 23 Rt. bz., pr. Septbr. 22⅔ Rt. bz., Septbr.-Oktbr. 22½ Rt., Oktbr.-Novbr. 19¾ Rt., Novbr.-Dezbr. 19 Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1½ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus fest. Loko 20½ Rt., pr. Septbr. 20 Rt. bz. (Magdb. Ztg.)

Bromberg, 24. Septbr. Wind: SW. Witterung: Leicht bewölkt. Morgens 10° Wärme. Mittags 16° Wärme.

Weizen 124—128pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Zollgewicht) 84—88 Thlr., 129—131pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 13 Lth. Zollgewicht) 89—96 Thlr. Feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 118—122pfd. holl. (77 Pfd. 18 Lth. bis 80 Pfd. 16 Lth. Zollgewicht) 64—66 Thlr. Geringer 60—62 Thlr.

Rübsen, Erbsen, Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Spiritus 23½ Thlr. p. 8000 % Tr. (Bromb. Ztg.)

Vieh.

Berlin, 23. Septbr. An Schlachtvieh waren auf hiesigem Viehmarkt zum Verkauf angetrieben:

1274 Stück Hornvieh. Das Verkaufsgeschäft wurde zu gedrückten Preisen abgewickelt, da sich für den Platz und die Umgegend nur schwacher Bedarf herausstellte, auch wenig fremde Käufer aus der Rheinprovinz den Markt besuchten; der Markt konnte von der Waare nicht geräumt werden; 1. Qualität wurde mit 16—18 Rt., 2. mit 14—15 Rt. und 3. mit 9—11 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht bezahlt.

2739 Stück Schweine. Für feine Mecklenburger Waare, die am Markte gesucht war, wurden gute Preise angelegt; mittel und ordinäre Waare fanden nur Mittelpreise; nach außerhalb wurden keine Käufe geschlossen; einige Bestände blieben am Markte; Prima-Waare erreichte den Preis von 18 Rt. und darüber, mittel 14—15 Rt. und ordinäre 12—13 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht.

9849 Stück Schafvieh. Der Handel verlief sehr schleppend zu deprimirten Preisen, nur schwere fette Waare hatte Nachfrage, mittel und ordinäre Waare fast unverkäuflich, blieb in bedeutenden Posten übrig; fremde Käufer wurden am Markte vermißt; 50 Pfd. Fleischgewicht schwerer fetter Hammel galten 8—8½ Rt.

581 Stück Kälber hatten die vorwöchentlichen Notirungen — Mittelpreise. (B. H. Z.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 24. Septbr., Nachmittags 1 Uhr. Wetter: Kühl. Weizen fest, loko 9, 15, pr. November 8, 6, pr. März 8, 10½. Roggen fest, loko 7, 9, pr. November 6, 23, pr. März 6, 24. Rüböl besser, loko 13, pr. Oktober 13, pr. Mai 13 1/20. Leinöl loko 13⅗. Spiritus loko 27¾.

Hamburg, 24. Septbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loko fest, auf Termine beschränktes Geschäft. Weizen pr. Septbr. 5400 Pfd. netto 168 Bankothaler Br., 167 Gd., pr. Herbst 158½ Br., 158 Gd. Roggen auf Termine höher, pr. Septbr. 5000 Pfd. Brutto 120 Br., 119½ Gd., pr. Herbst 116½ Br., 116 Gd. Hafer fest. Oel behauptet, loko 24⅛, pr. Oktober 24⅛, pr. Mai 25⅛. Spiritus ohne Umsatz, 31¾. Kaffee verkauft 1680 Sack Rio schwimmend. Zink 7500 Ctr. loko 14 Mk. 6 Sch.; 1000 Ctr. schwimmend 14 Mk. 4 Sch. — Regenwetter.

Amsterdam, 24. Septbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, pr. Oktober 251 a 252, pr. Mai 257 a 258.

Antwerpen, 24. Septbr. Petroleum, raffinirtes, Type weiß, ruhig, 54 Frcs. p. 100 Ko.

Liverpool (via Haag), 24. Sept., Mittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwolle: 10,000—12,000 Ballen Umsatz. Unverändert. New Orleans 9⅝, Georgia 9⅜, fair Dhollerah 6½, middling fair Dhollerah 6, good middling Dhollerah 5½, Bengal 5¼, good fair Bengal 6, New fair Oomra 6⅝, good fair Oomra 7, Pernam 9½, Smyrna 7¼.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
24. Sept.	Nachm. 2	27″ 8‴ 07	+13°4	SW	3 trübe. Cu-st., Cu.
24. "	Abnds. 10	27″ 8‴ 70	+ 8°7	WSW	2 ganz heiter.¹)
25. "	Morg. 6	27″ 9‴ 71	+ 7°7	WSW	3 bed. Ni., Regen.²)

¹) Regenmenge: 0,2 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.
²) " 0,2 " " " "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 24. September 1867 Vormittags 8 Uhr 1 Fuß 1 Zoll.
" " 25. " " " 1 " — "

Uebersicht

der in Posen ankommenden und abgehenden Posten und Eisenbahnzüge.

Ankommende Posten.	Abgehende Posten.
4 U. 30 M. früh Pers.-Post von Trzemeszno.	7 U. — M. früh Botenpost nach Dombrowka.
4 - 35 - - - - Wreschen.	7 - — - - Pers.-Post - Schwerin a. W.
4 - 40 - - - - Wongrowitz.	7 - 15 - - - - Unruhstadt.
5 - — - - - - Krotoschin.	7 - 30 - - - - Pleschen.
8 - 15 - - - - Obornik.	8 - — - - - - Krotoschin.
8 - 45 - Vorm. - - Ostrowo.	8 - 10 - - - - Nakel.
8 - 50 - - - Schwerin a. W.	8 - 30 - - - - Gnesen.
10 - 15 - - - - Züllichau.	12 - — - Mitt. - - Strzalkowo.
2 - 40 - Nchm. - - Strzałkowo.	1 - — - - - - Gnesen.
3 - — - - - - Gnesen.	6 - — - Abends - - Obornik.
6 - 40 - Abends - - Gnesen.	7 - — - - - Schwerin a. W.
7 - — - - Botenpost - Dombrowka.	7 - 15 - - - - Krotoschin.
7 - 5 - - Pers.-Post - Nakel.	7 - 30 - - - - Züllichau.
7 - 20 - - - - Unruhstadt.	8 - — - - - - Ostrowo.
7 - 30 - - - - Krotoschin.	10 - 30 - - - - Wongrowitz.
8 - 15 - - - - Pleschen.	11 - — - - - - Trzemeszno.
9 - 35 - - - Schwerin a. W.	11 - — - - - - Wreschen.

Ankommende Eisenbahnzüge	auf dem Eisenbahnhofe.	Posthofe.	Abgehende Eisenbahnzüge	vom Posthofe.	Eisenbahnhofe.
Pers.-Z. von Kreuz	5⁵⁰ Vrm.	6 Vrm.	Nach Breslau	5⁴⁰ Vrm.	6 Vrm.
Gem. Z. - Kreuz	9⁸ -	9⁴⁰ -	- Breslau	8⁴⁵ Vrm.	9⁴¹ Vrm.
Pers.-Z. - Kreuz	4³⁸ Nm.	4⁴⁰ Nm.	- Breslau	4²⁵ Nm.	4⁴⁰ Nm.
Gem. Z. - Breslau	9¹⁸ Vrm.	—	- Kreuz	—	12²⁵ Nm.
Pers.-Z. - Breslau	11¹⁵ Vrm.	11²⁵ Vrm.	- Kreuz	11 Vrm.	11³³ Vrm.
Gem. Z. - Breslau	7⁴⁴ Nm.	—		—	—
Pers. Z. - Breslau	9²¹ Nm.	9³⁰ Nm.	- Kreuz	9⁸ Nm	9⁴¹ Nm.

Telegramm.

Florenz, 24. Sept. Die Verhaftung Garibaldi's fand Vormittags statt, er wird zunächst hierher gebracht. Die Energie des Ministeriums findet allgemeinen Beifall, der König wird hier erwartet. Die amtliche Zeitung schreibt: Die Regierung ist bestrebt, ihre Pflicht zu erfüllen und das Namens Italiens gegebene Wort aufrecht zu erhalten, verhinderte die Invasion der Freiwilligen, ließ Garibaldi verhaften und nach Alessandria führen. Nach der „Opinione" wird Garibaldi wahrscheinlich nach Kaprera zurückkehren dürfen, wenn er erklärt, auf seine Pläne zu verzichten.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 24. Septbr. 1867.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	97½ B
Staats-Anl. 1859	5	102⅛ bz
do. 54, 55, 57	4½	97⅞ bz
do. 56	4½	97⅞ bz
do. 1859, 1864	4½	97⅞ bz
do. 50, 52 conv.	4	89⅞ bz
do. 1853	4	89⅞ bz
do. 1862	4	89⅞ bz
Präm.St.Anl.1855	3½	116⅛ bz
Staats-Schuldsch.	3½	84 bz
Kurh.40 Thlr.Loose	—	53 B
Kur-u Neum.Schldv	3½	80 B
Berl. Stadt-Obl.	5	101⅞ bz
do. do.	4½	97¾ B
do. do.	3½	80½ bz
Berl.Börsenh.-Obl.	5	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-Märkische	3½	77 B
do.	4	87½ bz
Ostpreußische	3½	78 G
do.	4	83½ bz
Pommersche	3½	76¼ bz
do. neue	4	87¾ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	85⅞ bz
Schlesische	3½	83⅞ bz
do. Litt. A.	4	— —
Westpreußische	3½	76⅛ bz
do.	4	82¾ bz
do. neue	4	— —
do. do.	4½	91¼ bz
Rentenbriefe: Kur-u Neumärk.	4	89¾ bz
Pommersche	4	89⅞ B
Posensche	4	89¼ bz
Preußische	4	89⅝ B
Rhein.-Westf.	4	92¾ G
Sächsische	4	91⅝ bz
Schlesische	4	90½ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	46½ bz u G
do. National-Anl.	5	53½ bz
do. 250fl.Präm.Ob.	4	58½ bz
do. 100fl.Kred.Loose	—	70½ B
do. 5prz.Loose(1860)	5	67½ bz u B
do. Pr.-Sch.v.1864	—	40 G
do. Slb.-Anl. 1864	5	59½ bz
Italienische Anleihe	5	45 bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	59½ G
6. do.	5	75½ B
Englische Anl.	5	86 B
N.Russ.Egl.Anl	3	50¾ B
do. v. J. 1862	5	86 bz
do. 1864	5	— —
do. engl.	5	86½ G
do Pr.-Anl.1864	5	100½ bz
Polnische: Poln.Schatz-O.	4	gr 63 G
do. kl.	4	62½ etw bz
Cert. A. 300 Fl.	5	90 G
Pfdbr. n. i. SR.	4	57½ bz
Part. O. 500 Fl.	4	94½ B
Amerik. Anleihe	6	77-76⅞ bz
NeueBad.35fl.Loose	—	29 B
DessauerPräm.Anl.	3½	— —
Lübecker Präm. Anl.	3½	49 etw bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	159 B
Berl. Handels-Ges.	4	107½ etw bz
Braunschwg. Bank-	4	90¾ etw bz
Bremer do.	4	116¼ G
CoburgerKredit-do.	4	76½ B
Danzig. Priv.-Bk.	4	111½ B
Darmstädter Kred.	4	80½ B
do. Zettel-Bank	4	96½ G
Dessauer Kredit-B.	0	2¼ G
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	103⅜ bz
Genfer Kreditbank	4	25½ bz u G
Geraer Bank	4	102¼ Kl bz
Gothaer Privat do.	4	92 G
Hannoversche do.	4	73¼ Kl bz
Königsb. Privatbk.	4	112 G
Leipziger Kreditbk.	4	84½ G
Luxemburger Bank	4	82 B
Magdeb. Privatbk.	4	90 Kl bz
Meininger Kreditbk.	4	89½ B
Moldau. Land. Bk.	4	16⅜ G
Norddeutsche do.	4	117¼ bz
Oestr. Kredit- do.	5	73 bz
Pomm. Ritter- do.	4	93½ G
Posener Prov. Bank	4	99¼ G
Preuß. Bank-Anth.	4½	149½ bz
Schles. Bankverein	4	114 B
Thüring. Bank	4	64¾ G
Vereinsbnk. Hamb.	4	111½ B
Weimar. Bank.	4	85 B
Prß. Hypoth.-Vers.	4	108½ G
do. do. Certific.	4½	101 bz
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	82 G
do. II. Em.	4	82 G
do. III. Em.	4½	91¾ G
Aachen-Mastricht	4½	70 B
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	94¾ bz
do. III. S. 3½ (R.S.)	3½	77¼ B
do. Lit. B.	3½	77¼ B
do. IV. Ser.	4½	93½ B
do. V. Ser.	4½	92¼ G
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest)	4	82½ G
do. II. Ser.	4½	91⅝ bz
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	95¾ bz
do. Litt. B.	4	95½ bz
Berlin-Hamburg	4	90⅝ G
do. II. Em.	4	90 G
Berl. Potsd. Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	— —
do. Litt C.	4	85¾ G
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	84¾ bz
Berl.-Stet. III. Em.	4	84 bz
do. IV. S. v. St. gar.	4½	95¾ bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	92 B
Cöln-Minden	4½	97 B
do. II. Em.	5	102 bz
do.	4	— —
do. III. Em.	4	— —
do.	4½	— —
do. IV. Em.	4	83¼ bz
do. V. Em.	4	83½ G
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	82½ bz
do. III. Em.	4½	85¼ bz
do. IV. Em.	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	96 G
Magdeb. Wittenb.	3	66¾ bz
Mosco-Rjäsan S. g.	5	84 bz
Niederschles. Märk.	4	87½ G
do. II. c.	4	— —
do. conv.	4	87½ G
do. conv. III. Ser.	4	85 B
do. IV. Ser.	4½	— —
Niederschl. Zweigb.	5	99¾ G
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	— —
do. Litt. C.	4	— —
do. Litt. D.	4	— —
do. Litt. E.	3½	77½ G
do. Litt. F.	4½	93¾ G
Oestr. Französ. St.	3	247½ bz, n 237½ bz
Oestr. südl. Staatsb.	3	218 bz
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. Prior. Obl.	4½	92¼ G
do. 1862	4½	92¼ G
do. v. Staat garant	4½	— —
Rhein-Nahe v. St g.	4½	93½ bz
do. II. Em	4½	93½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
do II. Em	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4	89 G
do. II. Ser.	4½	97½ G
do. III. Ser.	4	89 G
do. IV. Ser.	4½	97½ G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	30¾ bz
Altona-Kieler	4	128½ bz
Amsterd. Rotterd.	4	103½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	143 bz
Berlin-Anhalt	4	218½ bz
Berlin-Hamburg	4	156 G
Berl. Potsd. Magd.	4	218¾ bz
Berlin-Stettin	4	137 bz
Berlin-Görlitz	4	68⅞ bz
do. Stamm-Prior.	5	95¼ B
Böhm. Westbahn	5	59 G
Bresl. Schw. Freib.	4	133½ bz
Brieg-Neiße	4	93½ B
Cöln-Minden	4	141¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	67¾-67¼ bz
do. Stamm-Pr.	4½	80 G
do. do.	5	86 bz
Gal. C.-Ludwg.	5	87½ bz u B
Ludwigshaf.-Bexb.	4	149½ B
Magdeb. Halberst.	4	185 bz
Magdeb. Leipzig	4	252 bz u G
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	126 B
Mecklenburger	4	74 bz u G
Münster-Hammer	4	— —
Niederschles. Märk.	4	89 G
Niederschl. Zweigb.	4	82¼ bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	93½-93⅝ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	194⅜ bz
do. Lt. B.	5	165½ G
Oest. Franz. Staat.	5	129 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	100 bz
Oppeln-Tarnowitz	5	71¾ bz R.O. 71¾ bz
Rheinische	4	116¼ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	27⅛ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	74¾ bz u G
Stargard-Posen	4½	94 bz [etw bz
Thüringer	4	126½ G, ig 108⅜

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113¾ G
Gold-Kronen	—	9. 8¾ G
Louisd'or	—	111¾ G
Sovereigns	—	6. 24½ bz
Napoleonsd'or	—	5 13 bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	466 G
Dollars	—	1. 12½ G
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 25 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99 9/10 bz
Fremde Noten	—	99¾ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99 9/10 bz
Oestr. Banknoten	—	82⅞ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	84⅛-¼ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	153 B
Berl. Eisenb. Fab.	5	125 bz G
Hörder Hüttenv. A.	5	110 B
Minerva, Brgw. A.	5	31 G
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia in Köln	4	400 B

Wechsel-Kurse vom 24. Septbr.

Amstrd. 250fl. 10 T.	2½	142¾ bz
do. 2 M.	2½	142¼ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	2	150¾ bz
do. do. 2 M.	2	150⅜ bz
London 1 Lstr. 3 M.	2	6 23⅜ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	2½	80 11/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	82⅝ bz
do. do. 2 M.	4	81¾ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 24 bz
Frankf. 100fl. 2 M.	3	56 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99¾ G
do. do. 2 M.	5	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	93½ bz
do. do. 3 M.	7	91¾ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	3	110⅝ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	84¼ bz

Die Börse war heut in Folge der italienischen Nachrichten, welche noch zu den schon für die Baisse sprechenden Motiven der letzten Tage hinzukamen, verstimmt und weist daher meist Kursherabsetzungen auf. Das Geschäft blieb trotzdem gering, sowohl in Eisenbahnen, als in fremden Spekulationspapieren. Anfangs allerdings zeigte sich zu den niedrigeren Preisen einige Kauflust, doch fehlte es dazu an Abgebern. Nur Russ. Prämienanleihe war belebt, besonders alte, welche in Posten und zu höherem Preise gehandelt wurde. Amerikaner und Italiener waren stiller und matter. Oestreicher, auf die besseren gestrigen Wiener Abendkurse fest und nicht unbelebt, ermatteten später, als die schlechteren Wiener Kurse eintrafen. Von Bahnen waren nur einzelne, z. B. Rheinische, zu den niedrigeren Preisen etwas belebter. Preußische Fonds waren still. Wechsel matt bei schwachem Verkehr. — Rumänische Anleihe 59½ bz.

Nordbahn (Friedr. Wilh.) 93½ a ⅜ gem. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 67½ a ¼ gem. Italienische Anleihe 47⅞ a 48 gem. Amerikaner 77 a 76⅞ gem.

Breslau, 24. Sept. Auch heute war das Geschäft äußerst leblos bei wenig veränderten Kursen und zeigte sich nur für östr. Kreditaktien und italienische Anleihe einiger Begehr, welcher mäßige Umsätze zur Folge hatte. Preußische Fonds und Eisenbahnaktien ohne Nachfrage.

Schlußkurse. Oestr. Loose 1860 67½ bz. do. 1864 —. Bayrische Anleihe —. Schles. Bank 113½ G. Oestreich. Kredit-Bankaktien 73½ bz. Reichenb.-Pardub. Prior. —. Oberschl. Prior.-Oblig. 78¼ B. do. do. 86⅝ B. 86¼ G. do. Lit. F. 93¾ B. 93¼ G. do. Lit. G. 93⅚ B. 92 11/12 G. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 134 B. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn —. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. & C. 194½ B. do. Lit. B. —. Oppeln-Tarnowitz 72 B. Rechte Oder-Ufer-Bahn 71½ G. Kosel-Oderberg 68 bz. Amerikaner 77 bz. Ital. Anleihe 48¼ bz.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Hamburg, 24. September, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Matte Haltung. Oestreich.-franz. Staatsbahn 477½, Italienische Rente 47, Lombarden 373½.

Schlußkurse. Hamburger Staats-Präm.-Anl. 89. National-Anleihe 53½. Oestreich. Kreditaktien 72⅝. Oestr. 1860er Loose 67. Mexikaner —. Vereinsbank 110½. Nordd. Bank 118½. Rheinische Bahn 115⅝. Nordbahn 93. Altona-Kiel 127¾. Finnländische Anleihe —. 1864er russ. Prämien-Anleihe 95. 1866er russ. Prämien-Anleihe 88¼. 6 % Verein. St.-Anl. per 1882 69¾. Diskonto 1⅜ %.

London lang 13 Mk. 7⅝ Sh. bz. London kurz 13 Mk. 8⅜ Sh. bz. Amsterdam 35, 50 bz. Wien 93¼ bz. Paris 187⅜ bz. Petersburg 29¼ bz.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.